

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Paul Nolte: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart.

München: Verlag C.H.Beck, 2012, 512 S., ISBN: 978 3 406 63028 6

Die Berufung auf Demokratie ist mittlerweile ubiquitär geworden: Fast jede Protestbewegung, Rebellion oder Revolution, ja auch Staaten, die nach westlichen Maßstäben diktatorisch regiert werden, legitimieren sich als demokratisch. In den etablierten Demokratien wächst zwar das Unbehagen an den klassischen demokratischen Instrumentarien, doch geschieht dies mit dem Anspruch, Demokratie weiterzuentwickeln und ihre Versprechen einzulösen, nicht sie abzulösen. Was Demokratie ist, verschwimmt zunehmend, wenn jeder sie im Munde führt und sich als Quelle höherer Einsicht *sui generis* in der politischen Auseinandersetzung zunutze macht. Demokratie werde „jetzt unsicherer, amorpher, vielgestaltiger“ (S. 13), so der Beweggrund für den Berliner Historiker Paul Nolte, um in seinem neuesten Buch der nicht gerade originellen Frage nachzugehen: „Was ist Demokratie?“. Doch wie er der Entwicklung von Demokratie nachspürt, wie er zeitgenössische Demokratiediskurse verfolgt und zahlreiche Demokratietheorien pointiert analysiert ist höchst anregend. Nolte legt an die Geschichte und Gegenwart der Demokratie drei Erzählstränge an, die sich seit den Anfängen verflochten haben: Demokratie als Erfüllungsgeschichte, Suchbewegung und Krisengeschichte (S. 16–20). In acht großen Themenblöcken verknüpft er geschickt systematische und historische Gesichtspunkte, was ihm immer wieder interessante Querverweise erlaubt. Die Aneinanderreihung der insgesamt 76 knappen Unterkapitel, oftmals griffig betitelt, gerät hingegen etwas additiv, mitunter sprunghaft und erlaubt sich die eine oder andere Redundanz. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Europa und den USA, auch wenn immer wieder der Blick auf anderen Staaten der Welt wie Israel, Indien oder Japan liegt.

Zunächst geht Nolte den „Anfängen“ der Demokratie nach. Die „Erfindung“ (26) in Athen aus der politischen Praxis heraus nahm nicht die moderne Entwicklung vorweg, prägte aber stark die demokratische Erinnerungskultur. An der eigentlich aristokratischen römischen Republik würdigt er die Rechtsordnung als Voraussetzung moderner Demokratie. Sodann sieht Nolte bei den frühneuzeitlichen Stadtrepubliken Vorformen der Demokratie in den Ständeversammlungen und dem Freiheitsbewusstsein der Bürger (S. 61), um anschließend den Aufbruchcharakter und die Grenzen der Aufklärung für die demokratische Entwicklung zu diskutieren. Im zweiten Themenblock verfolgt Nolte den zunehmenden, aber nicht immer notwendigen, mitunter ambivalenten Beitrag von „Revolutionen“ zur demokratischen Entwicklung: von der „Glorreichen Revolution“ 1688/89 über die amerikanische 1776 und französische 1789 bis hin zur deutschen Revolution 1848/49. Er betont die dabei ausgelöste „Fundamentalpolitisierung“ (S. 95) und die Nationsidee als *Movens* für die demokratische Entwicklung, unterschlägt dabei freilich die exklusive und aggressive Seite des Nationalismus, auf die Dieter Langewiesche schon für das 19. Jahrhundert hingewiesen hat. Im 20. Jahrhundert hingegen ließen die Revolutionen zum Beispiel in Russland oder China bewusst die liberalen Freiheitsrechte und die parlamentarische Republik hinter sich und führten zu extremer Gewalt. Erst seit Mitte der siebziger Jahre sieht der Autor eine Rückkehr zur demokratischen Revolution, jüngst bestätigt von den Vorgängen in Nordafrika.

Im dritten Abschnitt untersucht Nolte die Entwicklung der „Ordnungen“ der Demokratie: Parlamente als Ausdruck repräsentativer Demokratie, die heute unter Druck gerät; Parteien als Vertreter von Überzeugungen und Interessen, deren Bindekraft heute zurückgeht; Opposition als Exponent der Endlichkeit demokratischer Herrschaft und als Kontrolleurin der Regierung, was heute zunehmend außerhalb des Parlaments von Bürgern und Massenmedien besorgt wird; Gewaltenteilung, die heute an „Strahlkraft“ (128) verloren hat; Wahlen, die heute wenig dramatisch ablaufen; Rechtsstaat als Ausdruck der Demokratie oder Vorstufe für weitere Demokratisierung; Religionsfreiheit und Menschen- und Bürgerrechte als Teil von Verfassungen; Verfassungen und gelebte Verfassungskultur; Erziehung zu demokratischen Tugenden als Garant demokratischer Institutionen; Öffentlichkeit als Motor der Demokratisierung. In einem vierten Schritt skizziert Nolte die demokratischen „Expansionen“: die Entwicklung vom Zensus- zum allgemeinen Wahlrecht, die politische Durchdringung der Gesellschaft, die zunehmende demokratische Teilhabe von Arbeitern, Frauen und Schwarzen sowie die ambivalente Verbindung von Sozialstaat und Demokratie vor allem nach 1945. Doch Demokratien sind „Krisen“ schon immer inhärent, so Nolte im folgenden Abschnitt. Mit dem Durchbruch der Massengesellschaft um 1900 sieht er die Sehnsucht nach Gemeinschaft und zugleich Führung wachsen. Trotz des „kurzen Frühlings“ (S. 239–246) der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg erschien die klassische Demokratie als Auslaufmodell. Eine führerbetonte (Max Weber) oder eine antiliberalen Demokratie ohne Parlamentarismus (Carl Schmitt) oder gar eine vom Volk gestützte Diktatur fanden ihre Fürsprecher, was bekanntlich in Teilen Europas zu faschistischen oder kommunistischen Herrschaften führte.

Aus dieser Entwicklung heraus analysiert Nolte im nächsten Kapitel die „Lernprozesse“, die zunächst zu einem bescheidenen bzw. realistischen Demokratiebegriff (Joseph Schumpeter, Karl Popper) führten, wie er sich in dem repräsentativen Modell des Grundgesetzes niedergeschlagen hat. Zwar zunehmend nach außen triumphalistisch als antikommunistische Ideologie des Westens im Kalten Krieg instrumentalisiert, wies die demokratische Kultur im innern Defizite auf, wie sie Ralf Dahrendorf beschrieb, der die Konfliktscheu der Bundesbürger kritisierte und den Rückfall in autoritäre Strukturen perhorreszierte. Aus diesem Unbehagen an der institutionell gebundenen Demokratie entwickelten sich seit den 1960er Jahren Forderungen nach „mehr Demokratie“, staatlicherseits durch die Emanzipationsversprechen der sozial-liberalen Koalition, gesellschaftlich durch die Protestbewegungen in den USA und Europa, welche mehr Partizipation und die Ausweitung der Demokratie auf alle Lebensbereiche forderten. Zu welchen „Erweiterungen“ des repräsentativ-elektoralen Modells diese Dynamisierung der Demokratie seit den 1970er Jahren geführt hat, thematisiert Nolte im nächsten Abschnitt. Bei aller Sympathie für Ergänzungen der klassischen Demokratie durch die Idee der Zivilgesellschaft, durch Bürgerbewegungen, Plebiszite, die egalisierende Wirkung des Konsums, den Diskurs in einer deliberativen Gesellschaft, durch digitale Medien oder durch den Kontroll- und Transparenzanspruch einer „monitory democracy“ – die Grenzen und Gefahren dieser Partizipationsformen blendet der Autor nicht aus. Vielmehr bleibt er nüchtern gegenüber den Verheißungen von „mehr Demokratie“, betont die Notwendigkeit stabiler Institutionen, die durch klare Verfahren Legitimation schaffen. Schließlich diskutiert Nolte im letzten Kapitel ausgewogen die „Spannungen“, denen Demokratie weiterhin ausgesetzt ist: zum Kapitalismus, zum Islam, zur Gewalt, zum Staat und zu ihrem globalen Anspruch als universeller Wert.

Nolte hat ein gut lesbares Buch vorgelegt, das für eine breite Leserschaft die verschlungene und verästelte wie auch ambivalente Geschichte der Demokratie differenziert und kenntnisreich darstellt und den Blick auf die Gegenwart nicht scheut. Dass die Verfahren der repräsentativen Demokratie „nie glatt und bequem“ sind, gab Bundespräsident Theodor Heuss schon in seiner Silvesteransprache 1949

seinen Landsleuten mit auf den Weg; dass sie auch nicht unangefochten waren, sich wandeln und Erweiterungen bedürfen, macht Nolte mit historischer und politikwissenschaftlicher Tiefenschärfe deutlich. Am Ende gibt er freilich keine klare Antwort, was denn nun Demokratie ausmacht und nach welchen Kriterien ein Staat als demokratisch zu gelten hat. Das liegt wohl auch in der Natur der Sache, nämlich der Wandelbarkeit und Vielschichtigkeit von Demokratie. Gerade in dieser Unabgeschlossenheit des demokratischen Projekts, in seiner „Offenheit und Verletzlichkeit“ (S. 473) und in der Fähigkeit zur Selbstreflexion und Anpassungsfähigkeit sieht er die Vorzüge einer dynamischen Demokratie. Letztendlich schreibt Nolte trotz der konstatierten Krisen, Rückschritte und Suchbewegungen eine „Erfüllungsgeschichte“ der Demokratie. Bei aller historischen Kontingenz trifft er eine normative Vorentscheidung, dass Demokratie nicht beliebig ist und uns nicht gleichgültig sein darf, „weil sie die Existenzgrundlage unserer freien Lebensverfassung betrifft“ (S. 23) und nicht leichtfertig durch den „suggestiven Begriff der ‚Postdemokratie‘“ aufs Spiel gesetzt werden solle (S. 471). Zweifel an einer zu weitgehenden, ineffizienten Demokratisierung, wie sie Laszlo Trankovits mit seiner Forderung „Weniger Demokratie wagen!“ äußert, erscheinen dann unangebracht. Nolte ist optimistisch über die weltweiten Zukunftsaussichten der Demokratie. In der Entwicklung zu einer „multiplen Demokratie“ (S. 421–425), in der sich klassische Elemente mit neuen Partizipationsformen überlappen, sieht er eine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Demokratie wird zum unausgesprochenen Telos des Historikers Nolte, wenn er hier in die Rolle des Demokratiepädagogen schlüpft. Das verdient gesellschaftliche Anerkennung, erschwert aber auch die wissenschaftliche Falsifikation.

Stuttgart

Ernst Wolfgang Becker

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Rainer Liedtke: Die Industrielle Revolution.

Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag (= UTB Bd. 3350), 204 S., ISBN 978-3-8252-3350-1

Bei der Lektüre dieses Bändchens fühlt man sich zunächst sofort an die pompöse Eröffnung der letzten Olympischen Spiele erinnert, wo die aufsteigende Industrie als wichtiger Aspekt der englisch-britischen Geschichte spielerisch gewürdigt wurde. Großbritannien als „First Industrial Nation“ nimmt natürlich auch in der Darstellung von Rainer Liedtke erheblichen Raum ein, nämlich immerhin ein Fünftel des Gesamtumfanges, da sich am britischen Beispiel nicht nur die Entstehung und der Verlauf, sondern auch die Voraussetzungen der klassischen Industrialisierung nach wie vor am besten aufzeigen lassen. Das ist dennoch vergleichsweise viel Platz in einem Buch, das auf rund 200 Seiten die „Industrielle Revolution“ nicht allein in klassischer, europäisch-nordamerikanischer Perspektive, sondern in globaler Sicht von den Anfängen bis in die Gegenwart zusammenfassen will. Infolgedessen ist die Gliederung etwas ungleichgewichtig, da neben dem britischen nur noch das nordamerikanische und das japanische Beispiel von den „klassischen“ Industrialisierungsprozessen ausführlicher dargestellt werden.

Die „Industrielle Revolution“ im übrigen Europa wird in zwei Kapiteln – West und Mitte/Peripherie – zusammengefasst, am Schluss wird auf drei industrielle Schwellenländer – Indien, Korea und Brasilien – eingegangen. Abgerundet wird die Darstellung durch zwei strukturell-zusammenfassende Kapitel über die sozialen Folgen der Industrialisierung und „Politik und Staat“, worunter auch „Sozialismus“ und „Arbeiterbewegung“ firmieren. Diese finden sich aber nicht am Schluss, sondern sind zwischen den „klassischen“ Industrialisierungsprozess des „Westens“ und dem in den übrigen Weltteilen eingefügt. Ein abschließendes Gesamtfazit sucht man ebenso vergebens wie abgesehen von zwei kleinen Tabellen zur Demographie anschauliches Datenmaterial. Der Autor versteht sein Werk auch als Einführung für den Nichtfachmann.

Für diesen bietet er zweifellos auf gedrängtem Raum solide Information und einige anregende Thesen, zumindest im Hinblick auf die Industrialisierung im klassischen Sinne. Zustimmung kann man Liedtke auch in seiner insgesamt positiven Einschätzung der Folgen, die der klassische, „westeuropäisch-nordamerikanische“ Industrialisierungsprozess gehabt hat (vgl. S. 127). Nicht widersprechen will ihm der Rezensent bei der Feststellung, dass die Industrielle Revolution in Europa im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und dann auch politischen Liberalisierungstendenzen, insbesondere dem Freihandel, stand. Nur eingebracht, aber nicht weiter reflektiert wird von Liedtke hier die Auffassung, dass dieser „klassische“ Weg zur Industrialisierung außerhalb der nordatlantischen Welt keine Nachahmung gefunden hat, wenn man von Japan absieht. Die im Zusammenhang mit der Frage, welche Bedeutung heute ein alternativer „autoritärer Weg“ zur Industrialisierung haben könnte, zentrale chinesische Entwicklung wird nicht thematisiert.

Ebenso wenig wird auf die neuerlich entstandene Diskussion darüber eingegangen, dass Länder, die sich einen größeren „klassisch-industrialisierten“ Sektor bewahrt haben, weniger anfällig sind für

Wirtschaftskrisen als die stärker deindustrialisierten.¹ Das mag vielleicht den Umfang des Bandes gesprengt haben, aber hier hätte die Reflektion über die „industrielle Revolution“, ihre Folgen und Wirkungen dann einen sehr aktuellen Bezug bekommen. So bleibt der Eindruck, dass der Autor zwar den thematischen Bogen bis in die Gegenwart ziehen will, dann aber die Aspekte „klassische“ und „moderne“ industrielle Revolution ziemlich unvermittelt nebeneinander stehen lässt, und damit den Leser auch ziemlich allein lässt mit den daraus möglicherweise zu ziehenden Schlussfolgerungen. Die Skizzierung der klassischen „Industriellen Revolution“ im ersten Teil mit seinen eingestreuten Kurzportraits von Industriepionieren vermag dennoch als Einführung überzeugen.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

¹ Vgl. Lisa Nienhaus: Ein Lob auf die deutsche Industrie. In: Frankfurter Allgemeine Sonntags-Zeitung Nr. 42 v. 21.10.2012, S. 33; skeptischer in dieser Hinsicht Thomas Steinfeld: Die Heimholung des Knechts. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 261 v. 12.11.12, S. 9.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Shulamit Volkov: Walter Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922.

Aus dem Englischen von Ulla Höber. München: C H Beck 2012, 250 S., 10 Abb., ISBN: 978-3-406-63926-5

An Biographien zu Walter Rathenau besteht wahrlich kein Mangel, allein im letzten Jahrzehnt sind drei weitere zu dem deutsch-jüdischen Industriellen und Politiker erschienen, zuletzt 2009 ebenfalls im Verlag C H Beck von Lothar Gall. Während dort Rathenau vor allem als Repräsentant einer Epoche im Mittelpunkt stand, spiegelt sich das hauptsächliche Interesse der emeritierten Tel Aviver Historikerin im Untertitel wider. Der Band – zuerst von Yale University Press publiziert – richtet sich an amerikanische Leser, was manche für das deutsche Fachpublikum entbehrliche Erläuterung erklärt. Für die ursprünglichen Adressaten war offensichtlich auch eine – notgedrungen deutsch-lastige – Bibliographie nicht unbedingt notwendig; die bibliographischen Nachweise wurden deshalb wenig übersichtlich in die Fußnoten verbannt, wo die Auflösung der Kurztitel recht mühselig ist.

Grundlage für die Darstellung sind in erster Linie die Schriften Rathenaus und der – publizierte – Briefwechsel. Shulamit Volkow geht es weniger um neue Erkenntnisse zum Leben Rathenaus, sondern um eine weitere Perspektive: Sie versteht dieses Leben als die „Quintessenz der deutsch-jüdischen Geschichte ..., nämlich den Versuch, die deutsche und jüdische Identität miteinander in Einklang zu bringen, ohne sich je in der einen oder anderen zu Hause zu fühlen“. (S. 8) Ein Schlüssel im Verständnis von Walter Rathenau sieht sie in der permanenten Spannung zwischen seinem Ehrgeiz und den mit seinem Judentum zusammenhängenden gesellschaftlichen Benachteiligungen und Hindernissen, die erstmals in seiner Militärzeit virulent wurden (S. 33) und Rathenau von da an – zumindest subjektiv – fast lebenslang begleiten sollten.

Viel Aufmerksamkeit wird dabei auf die Familienverhältnisse, insbesondere natürlich das zwischen Vater Emil und Sohn Walter, gerichtet sowie auf die Schriften, in denen sich Rathenau mit dem Judentum auseinandersetzte, von „Höre Israel“ bis zur „Streitschrift über den Glauben“. Für die Biographin steht die wiederkehrende Beschäftigung mit der eigenen religiösen Herkunft im Zusammenhang mit persönlichen Krisen im Lebenslauf (S. 157), die es bei Walter Rathenau reichlich gab. Dafür macht sie aber nicht nur die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die unterschwellige Diskriminierung der jüdischen Mitbürger im wilhelminischen Deutschland verantwortlich. Vieles lag für sie auch in der schwierigen Persönlichkeit ihres „Protagonisten“ (vgl. vor allem S. 106) und seinem schwer verständlichen Auftreten begründet: „In der Tat gehörte seine Starrköpfigkeit ebenso sehr zu seinem Charakter wie seine Biagsamkeit gegenüber dem Willen seines Vaters oder seine nahezu schüchterne Vorsicht im Umgang mit Männern wie Wilhelm Schwaner oder General Ludendorff.“ (S. 178)

Hinzu kamen seine rastlose Äußerungswut, ablesbar an der für einen Unternehmer doch exorbitanten Zahl größerer und kleiner Veröffentlichungen zu einer Vielzahl an Themen, die aber teils schwer verständlich und teils sehr widersprüchlich waren. Das dies alles weder in der Öffentlichkeit noch bei seinen Standesgenossen in der Industrie sonderlich gut ankam, findet auch Shulamit Volkov nachvollziehbar: Obwohl er als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung seine Qualität als Organisator nachgewiesen

habe, sei er gegen Ende des Ersten Weltkriegs „hoffnungslos isoliert“ gewesen (S. 174), was dann so manche heute merkwürdig anmutenden private Beziehung, wie etwa zu dem völkischen Publizisten Wilhelm Schwaner, erklären dürfte. (S. 141)

Mit der Novemberrevolution vollzog sich Volkov zufolge eine fundamentale Wende, auch wenn es zunächst nicht danach aussah, da Rathenaus Versuch, eine eigene politische Organisation zu gründen, zum Fiasko wurde, und er sich nolens volens dem Linksliberalismus anschloss, dort aber auch zunächst misstrauisch betrachtet wurde. Doch in der DDP gewann er als Redner bald ansehen und die Verbindung zu dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth eröffnete ihm doch noch die langersehnte politische Karriere.

Diese verlief dann nicht nur formal „alles in allem ... recht erfolgreich“ (S. 216), war aber nicht nur wegen des gewaltsamen Todes von Rathenau durch Mörderhand von Tragik überschattet: Zum einen führten seine Verständigungssignale in Richtung Frankreich nicht zu einem Kurswechsel der Pariser Politik in der hochemotionalen Oberschlesienfrage, zum anderen wurde er für das Rapallo-Abkommen verantwortlich gemacht, dem er eigentlich sehr skeptisch gegenüber stand. Dennoch zeige Rathenaus Leben, dass die deutsche und die jüdische Identität durchaus „vereinbar“ waren, so das Fazit der Autorin. (S. 227)

Aus Sicht der Liberalismus-Forschung sind nicht nur einige Anmerkungen Volkovs zur Zeitgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts kritisch zu sehen, etwa zum Bülow-Block (S. 82) oder zur Vaterlandspartei (S. 168). Zu bedauern ist vor allem, dass das Verhältnis von Rathenau zum Liberalismus, zu seiner Ideenwelt und seinen Organisationen nicht stärker thematisiert worden ist. Nicht nur angesichts seines sozialen und konfessionellen Hintergrunds als jüdischer Unternehmer, sondern auch wegen seiner Mitgliedschaft in der DDP hätte man sich da mehr erhofft. Die Einschätzung, in der Zeit vor dem Weltkrieg sei er ein „gemäßigte(r) Liberale(r)“ analog zu Max Weber oder Friedrich Naumann gewesen (S. 90), erscheint doch recht problematisch und widerspricht in gewisser Weise auch dem von Shulamit Volkov selbst immer wieder herausgestellten Schwanken zwischen sehr unterschiedlichen Positionen. Aber gerade wenn man dieses Schwanken zu recht für einen Grundzug im Leben Rathenaus hält, wäre es interessant gewesen, mehr über sein Verhältnis zum organisierten Liberalismus zu erfahren, dem er sich schließlich doch anschloss.

Dennoch, die hier aufgeworfene – und gut dargestellte – Perspektive eines „jüdischen Lebens“ trägt viel zum Verständnis Walter Rathenaus und seiner historischen Rolle bei, kann also ohne weiteres als Bereicherung der Rathenau-Forschung angesehen werden.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Friedrich Meinecke: Neue Briefe und Dokumente.

Hrsg. und bearb. von Gisela Bock und Gerhard A. Ritter in Zusammenarbeit mit Stefan Meineke und Volker Hunecke. München: R. Oldenbourg, 2012 (= Friedrich Meinecke, Werke, Bd. X). 2012. VI, 682 S., 17 Abb., ISBN: 978-3-486-70702-1

Im Jahr 2012 hätte Friedrich Meinecke, der wohl bedeutendste deutsche Historiker in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, seinen 150. Geburtstag gefeiert. Passend zu diesem Jubiläum veröffentlichten Gisela Bock und Gerhard A. Ritter in Zusammenarbeit mit Stefan Meineke und Volker Hunecke ein fast siebenhundert Seiten starkes Buch mit „Neue[n] Briefe[n] und Dokumenten“ zu Leben und Werk des Gelehrten. Die Edition bildet den zehnten Band der Werke Friedrich Meineckes, deren frühere Bände zwischen 1957 und 1979 erschienen waren. Im Rahmen der damaligen Ausgabe hatten der Neuhistoriker Ludwig Dehio und der Mediävist Peter Classen 1962 eine erste Sammlung von 418 Briefen Meineckes publiziert.¹ Die vorliegende Ausgabe soll die frühere, in der Auswahl der Korrespondenten zeitbedingt nicht repräsentative Edition ergänzen und sie tut dies mit insgesamt 522 zum allergrößten Teil erstmals publizierten Stücken – so viel sei vorweg gesagt – in idealer Weise.

Der Band enthält knapp 400 Briefe Meineckes sowie über 120 aussagekräftige Dokumente zu seinem Leben und Werk aus den Jahren 1878 bis 1953. Sie eröffnen ein breites Panorama der deutschen Geschichtswissenschaft vom späten Kaiserreich bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik. Zudem ergänzen sie die Brief- und Dokumentenauswahl, die einer der beiden Herausgeber, Gerhard A. Ritter, vor einigen Jahren in einem Band über Meineckes emigrierte Schüler vorgelegt hat.² Insgesamt trafen die Editoren eine Auswahl aus rund 2.500 Dokumenten, davon knapp 900 Briefen, die vor allem der Meinecke-Biograph Stefan Meineke³ ermittelt hatte. Die Quellen stammen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, in dem der Meinecke-Nachlass verwahrt wird, rund hundert Nachlässen und Deposita vornehmlich in deutschen Archiven, in zahlreichen Privatarchiven und -nachlässen sowie in dem umfangreichen Archiv des Oldenbourg-Verlages, der im Bayerischen Wirtschaftsarchiv in München eingelagert ist.

Die Zahl der Briefempfänger ist mit 120 gegenüber 49 in der ersten Briefedition nicht nur quantitativ gestiegen, sondern sie enthält auch bisher nicht bekannte Briefe an zeitgenössisch bedeutende Historiker wie Hermann Oncken und Hans Delbrück sowie Schreiben an liberale Zeitgenossen wie Theodor Heuss und Martin Rade. Außerdem sind wichtige Dokumente liberal gesonnener Historiker der Weimarer Republik abgedruckt, wie die „Einladung zur Versammlung verfassungstreuer Hochschullehrer“ 1926 oder der Aufruf zur Reichspräsidentenwahl Hindenburgs 1932. Die Berliner Historikerin Gisela

¹ Friedrich Meinecke: Werke. Bd. 6: Ausgewählter Briefwechsel. München 1962.

² Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen 1910–1977. München 2006.

³ Stefan Meineke: Friedrich Meinecke. Persönlichkeit und politisches Denken bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Berlin/New York 1995.

Bock, die bereits vor Jahren einen Sammelband über Meinecke herausgab,⁴ spricht in ihrer umsichtigen und lesenswerten Einführung (S. 1-23) aber auch die Leerstellen der Briefsammlung an. So fehlen Schreiben an enge Vertraute und Freunde wie beispielsweise die Historiker Otto Hintze und Erich Marcks sowie den Theologen Ernst Troeltsch, die vermutlich im Krieg verloren gegangen sind. Es macht sich außerdem bemerkbar, dass Meinecke zumeist keine Abschriften eigener Briefe verwahrte. Zudem spielen Frauen als Korrespondenzpartner außerhalb der Familie kaum eine Rolle, obwohl über ein Fünftel aller von Meinecke Promovierten weiblich war. Wie bereits in der älteren Briefedition begegnet Meinecke in seinen Schreiben an die Verlobte, seine Frau und die Familie („die modernen Töchter“) auch als Privatmann.

In den neuen Briefen tritt der politische Mensch und Historiker Meinecke deutlich hervor. Der in der Altmark 1862 Geborene hatte noch als gut Dreißigjähriger konservative Ansichten vertreten, konvertierte aber 1895 zum Liberalismus, begeisterte sich für die Ideen Friedrich Naumanns und unterstützte 1911/12 als Wahlkampfleiter den liberalen Reichstagskandidaten Gerhart von Schulze-Gaevernitz. Im Ersten Weltkrieg setzte er sich als bekennender Republikaner für einen Verständigungsfrieden ein. 1919 schloss er sich der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und 1924/25 zusätzlich der Liberalen Vereinigung an. In den Weimarer Jahren prägte er zwar für sich selbst das Wort vom „Vernunftrepublikaner“, aber es handelte sich dabei keineswegs nur um ein aus der Not geborenes, sondern um ein „hingebungsvolles“ (S. 282, Anm. 1) und engagiertes Bekenntnis zu Republik, Parlamentarismus und Demokratie. 1932 trat er für einen „maßvollen Umbau“ der Weimarer Verfassung „in autoritärer Richtung“ ein (Nr. 254, an Carl Misch, 17.9.1932, S. 340f.). Nach 1933 ließ er sich zwar zunächst auf einige Kompromisse mit dem NS-Regime ein (in seiner Haltung u.a. gegenüber Gustav Mayer und Hedwig Hintze), trat aber bald schon den Nationalsozialisten mit deutlich bekundeter Widerständigkeit gegenüber. In der Konsequenz dieser Haltung gab er 1935, als der politische Druck größer wurde, die Herausgabe der „Historischen Zeitschrift“ (HZ) auf. 1941 schrieb er angesichts der Kriegsergebnisse schließlich: „Das Deutschland, das ich liebe, ist vergangen“ (Nr. 324, an seine Tochter Sabine Rabl, 6.11.1941, S. 406f.). Mit über achtzig Jahren überlebte Meinecke das Kriegsende. Nach Zwischenaufenthalten in Mainfranken und Göttingen kehrte er 1946 nach Berlin zurück. Nach wie vor bekannte er sich zu einem demokratischen Liberalismus, einem „Hauptschutzmittel zur Erhaltung unserer christlich-abendländischen Kultur“, und wirkte im Vorstand der World Liberal Union („Liberal International“) mit (Nr. 374, an George Peabody Gooch, 20.6.1947, S. 458). Als Methusalem der deutschen Geschichtswissenschaft setzte er sich für die Neugründung einer Hochschule im amerikanischen Sektor Berlins als Gegenpol zur im sowjetischen Sektor gelegenen Friedrich-Wilhelms- (nun: Humboldt-) Universität ein. 1948 wurde er an der West-Berliner Freien Universität zum ersten Rektor ernannt.

Meinecke erscheint in der Edition nicht nur als politischer Historiker, sondern vor allem auch als Wissenschaftsorganisator und fürsorglicher akademischer Lehrer (siehe das beigegefügte Promotions- und Habilitationsverzeichnis, S. 620-630). Dabei beruhten seine vielfältigen Verbindungen ins In- und Ausland vor allem auf seiner über vierzig Jahre währenden Tätigkeit als Herausgeber der HZ. Diesem Teil von Meineckes Wirksamkeit ist besonders die zweite Abteilung der Brief- und Dokumentensammlung gewidmet, welche die Korrespondenz mit den Verlagen Cotta und Oldenbourg wiedergibt und auch Verlagsverträge, Programme sowie Rundschreiben enthält (S. 483-613). In diesen Teil der Sammlung führt Gerhard A. Ritter einfühlsam ein (S. 24-52), der vor einigen Jahren bereits der Verdrängung Meineckes als Herausgeber der HZ durch die Nationalsozialisten 1935 einen eindringlichen Aufsatz ge-

⁴ Gisela Bock/Daniel Schönplflug (Hrsg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit. Studien zu Leben und Werk. Stuttgart 2006.

widmet hatte.⁵ Beide Abteilungen der Edition sind eng aufeinander bezogen, da der erste Teil die wissenschaftliche Korrespondenz mit vielen Autoren der HZ enthält.

Der Band erfüllt im Grunde fast alle nur denkbaren Ansprüche an eine moderne Edition historischer Quellen. Eine gewissenhafte Transkription, vorbildliche Einleitungen, eine Erschließung durch umfangreiche Register, Verzeichnisse der Werke, Schülerarbeiten, der archivalischen und sonstigen Quellen und der Forschungsliteratur sowie Abbildungen aus dem Privatarchiv der Nachkommen Meineckes. Allenfalls die gelegentliche Kürzung der Schreiben ist bedauerlich, zumal man nicht in einer Art Regest Näheres über den Inhalt der weggelassenen Passagen erfährt. So ist der Brief Meineckes an Georg von Below vom November 1896 (Nr. 23; 18.11.1896, S. 120) und die in ihm enthaltene Kritik an der „neuen Richtung“ der Geschichtswissenschaft um Karl Lamprecht und der „Naivität seiner Taschenspielerkünste“ so beschnitten, dass man gerne mehr über den Kontext gewusst hätte. Ebenso wenig befriedigt es, wenn man wiederholt für den Beginn oder die Fortsetzung eines Briefes auf die ältere Briefausgabe verwiesen wird (so u.a. Nr. 104, an Alfred Dove, 1.7.1914, S. 194f.; Nr. 120). Nur in sehr wenigen Fällen ist die Kommentierung etwas knapp bzw. unvollständig, so dass Zusammenhänge für den weniger informierten Leser nicht klar werden (z.B. „Marburger Kampf“, Nr. 25, an Erich Marcks, 9.3.1897; S. 121). Nützlich für den Leser wäre zur Orientierung (z.B. bei den emigrierten Historikern) die durchgängige Erwähnung der Absende- und Empfängerorte der Briefe gewesen, die es nur gelegentlich für die Absendeorte (bei Reisen Meineckes) gibt.

Insgesamt bietet die Edition der Meinecke-Briefe zum einen neue Einsichten in bereits bekannte wissenschaftsgeschichtliche Zusammenhänge. So wird der Lamprecht-Streit mit dem Briefwechsel zwischen Meinecke und von Below quellenmäßig vertieft; auch über Meineckes Berufungen nach Freiburg 1906 sowie Berlin 1914, über die Lehrstuhlnachfolge Otto Hintzes in Berlin und die Historische Reichskommission sowie zur Entstehungsgeschichte von Meineckes Werken erfährt der Leser manches Neue. Die Briefe an Willy Andreas, Georg von Below, Hans Delbrück, Walter Goetz und Hermann Oncken geben hierüber (trotz der fehlenden Gegenbriefe) sowie über Meineckes Einschätzung etlicher Historikerkollegen hinreichend Auskunft. Der 1928 emeritierte Berliner Ordinarius sieht sich dabei seit den zwanziger Jahren als Vertreter einer älteren Historikergeneration, die nunmehr abgelöst werde.

Zum anderen finden sich Details über Meineckes eigenes Geschichtsbild und seine politischen Ansichten. So schrieb Meinecke gegenüber dem Hallenser Historiker Richard Fester über den „freien Vogel“ Bismarck, der „niemals ganz Heide, niemals ganz Christ, niemals ganz Royalist [...], niemals ganz Bräutigam“ gewesen sei (Nr. 35; 21.4.1901, S. 131). In seinem Schreiben an den liberalen Gesinnungsgenossen Gerhart von Schulze-Gaevernitz vom August 1914 warb er für einen Verständigungsfrieden mit Frankreich und die Errichtung eines „Tropenkolonialreichs“ durch die Erwerbung Kongos. Das Deutsche Reich solle einen mitteleuropäischen Zollverein anstreben und sich als Nationalstaat nur durch kleine Territorialgewinne erweitern, dabei aber in jedem Fall sich „vor Excessen à la Napoleon hüten“ und auf „strenges Vermeiden brutaler Herrengewalt“ achten (u.a. Nr. 106, 30.8.1914, S. 197f.). Schließlich erkannte er an Gerhard Ritters entzaubertem Bild des Freiherrn von Stein, „wie abhängig doch unsere geschichtlichen Auffassungen von der geistigen und politischen Zeitlage sind“ (Nr. 242, 8.6.1931, S. 326-329). Überhaupt ist der Briefwechsel reich an beachtenswerten Bemerkungen Meineckes zur Politik, zu seiner Lektüre sowie zum Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb.

⁵ Gerhard A. Ritter: Die Verdrängung von Friedrich Meinecke als Herausgeber der Historischen Zeitschrift 1933-1935. In: *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag*, hrsg. von Dieter Hein u.a. München 2006, S. 65-88.

Friedrich Meinecke zeigt sich in seinen Briefen als ein versierter Wissenschaftspolitiker und umtriebiger politischer Publizist. In beiden Rollen – das zeigen gerade die kenntnisreichen Kommentare der Editoren – war er weithin geschätzt, allerdings keineswegs unumstritten. Mit Hans Delbrück und Georg von Below führte er einen nicht selten kontroversen Schriftwechsel. Sein Fakultätskollege, der Althistoriker Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, bezeichnete ihn wegen seines Eintretens für einen Verständigungsfrieden schlichtweg als „Miesmacher“ (an Eduard Norden, Sommer 1915, S. 237, Anm. 1), zu Eduard Spranger hatte er zeitweilig ein sehr distanzierendes, später allerdings freundschaftliches Verhältnis. Auf der anderen Seite war Meinecke in Berufungsangelegenheiten als Ratgeber gefragt, und er verstand es auch, als Schlichter aufzutreten. Für die HZ galt schließlich Meineckes Diktum, dass sie als wissenschaftliche Zeitschrift „weder rechtsparteiliche noch linksparteiliche Farbe tragen“ solle (Nr. 157, an Paul Wentzcke, 7.3.1921, S. 245f.), sondern in sich „ein gewisses Maß von Burgfrieden wahren“ müsse (Nr. 162, an Arnold Oskar Meyer, 18.3.1922, S. 251f.).

Aller Konzentration auf den Briefschreiber zum Trotz entsteht somit kein einseitiges oder gar idealisierendes, sondern ein vielschichtiges und damit sehr aufschlussreiches Meinecke-Bild. Zusammen mit der älteren Werkausgabe bildet es den quellenmäßigen Grundstock einer längst überfälligen Meinecke-Biographie. Die neue Meinecke-Briefausgabe ist in ihrer sorgfältigen Editionsweise und mit der Reichhaltigkeit neuer Einblicke ein wesentlicher Gewinn aber nicht nur für die Meinecke-Forschung im engeren Sinne, sondern ebenso für die Wissenschafts- und die Liberalismusgeschichte.

Wuppertal/Gummersbach

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Theodor Heuss – Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954.

Hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner. Berlin: de Gruyter 2012 (Theodor Heuss – Stuttgarter Ausgabe. Briefe), 684 S., 28 Abb., ISBN: 978-3-598-25127-6

Seit 2007 erscheinen in dichter Folge die Briefe-Bände der Stuttgarter Ausgabe. In einer erneut mustergültigen Edition liegen nun 245 Briefe vor, die Theodor Heuss während seiner ersten Amtszeit als Bundespräsident geschrieben hat. Den mühsamen Prozess der Auswahl, der aus ca. 20.000 Heuss-Schreiben diesen für die Biographie von Heuss und die Zeitgeschichte der Bundesrepublik Deutschland besonders relevanten Kern herausarbeitet, kann wohl nur derjenige ganz vollziehen, der selbst schon mal eine Auswahl-edition ‚gemacht‘ hat. Das mehrfache Durchsieben und das Entwickeln inhaltlicher Strukturen setzt letztlich eine Beherrschung des gesamten vorliegenden Materials während der Bearbeitung voraus, deren Bedeutung als geschichtswissenschaftliche Grundlagenforschung leider viel zu selten angemessen verstanden, gewürdigt und womöglich auch noch anerkannt wird. Dabei ist es der gute wissenschaftliche Ruf der Bearbeiter, der für die Qualität der Auswahl bürgt, die mehr ist als die Summe der Briefe. Denn natürlich könnte man zu mancher Auswahlentscheidung Fragen haben, schon allein von dem jeweils gerade interessierenden Arbeitsgebiet ausgehend. Aber es ist das Gesamte, was hier überzeugt. Das, was hinter den fünf Buchstaben „bearb.“ steckt, verdient viel Respekt.

Ebenso löblich ist es, dass der Herausgeber der Reihe, die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, auch an anderer Stelle nicht falsch gespart hat. Allzu oft fallen mittlerweile substantielle Einführungen zu Editionen dem allgegenwärtigen, aber auch leicht herbeizurufenden Kostendruck zum Opfer. Nicht so hier: Vogt und Becker, zwei der drei Bearbeiter, können auf 50 Seiten einen lesenswerten und informativen Einblick in den Band geben, der das ganze Themenspektrum aufspannt und auch von dieser Seite her eine Benutzung für aktive und angehende Wissenschaftler, aber auch für interessierte Laien ermöglicht.

Die konsequent durchgehaltenen Editionsrichtlinien, der von Anfang an kontinuierlich beibehaltene Aufbau der Bände – keineswegs eine Selbstverständlichkeit auf dem Markt der zeitgeschichtlichen Editionen – und ein vorzügliches Rahmenwerk, u. a. mit einem biographischen Personen- und einem mehrstufigen Sachregister machen die Benutzung der Bände einfach. Dazu kommt ein Dokumentenverzeichnis, das neben dem Datum und dem Adressaten stichpunktartig den Inhalt des Briefes nennt. Angesichts der hier abzudeckenden enormen Themenvielfalt ist dies natürlich nützlich, zumal heutige Leser oft mit den Adressaten nicht mehr auf Anhieb ein mögliches Thema verbinden können.

Umso mehr ist daher hervorzuheben, dass es dem Band so gelingt, eine wunderbare Brücke in die mittlerweile den meisten fremd gewordene und durch die Zeitenwende von 1989/90 von uns getrennte Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland zu schlagen. So neu die junge Republik in vielerlei Hinsicht war, weite Teile des Führungspersonals waren es nicht. Gerade Heuss und Adenauer, der erste Bundespräsident und der erste Bundeskanzler, verkörpern eine länger zurückliegende Zeit mit einer heute kaum noch existenten und in Zeiten von E-Mails, SMS und Tweets kaum noch nachzuvollziehenden Briefkultur. Man schaue sich nur die höchst differenzierten und interpretierbaren Anreden an:

„Lieber Dehler!“, „Sehr geehrter Graf ...“, „Verehrter Lieber Freund!“, „Verehrter, lieber Herr Dr. ...!“, „Verehrter Herr Bundeskanzler!“ usw. Die Bedeutung von Briefen wird auch daran deutlich, dass für beide Politiker Briefeditionen, ja sogar eigens eine Edition der Korrespondenz zwischen beiden als sinnvoll, ja geradezu notwendig angesehen wird. Die wenigen hieraus resultierenden Doppelabdrucke sind sinnvoll, um auch die hier vorliegende Edition für sich stehen zu lassen.

Ein Versuch, das bereits erwähnt breite Themenspektrum auch nur annähernd abzudecken, kann hier natürlich nicht unternommen werden. Allenfalls einige Hauptstränge und Beispiele sollen genannt werden. Zeithistorisch wohl am bedeutendsten sind die Briefe an höchst unterschiedliche Adressaten, in denen es um die Politik der jungen Bundesrepublik Deutschland ging, vor allem um die Ausgestaltung des Amtes des Bundespräsidenten geht, auch und nicht zuletzt in Abgrenzung zu dem des Bundeskanzlers. Da dies in den Editionen der Briefe und der Gespräche zwischen Heuss und Adenauer bereits behandelt wurde, bleiben grundlegend neue Erkenntnisse hier aus. Heuss' Auffassung scheint jedoch auch in Briefen an andere Korrespondenzpartner, zumal ihm besonders vertraute, vielfach auf. Dabei wird wenig überraschend deutlich, dass er das in der Praxis gefundene Modell wohl gerne etwas stärker zugunsten seines Amtes verschoben gesehen hätte. Das gegenüber Wilhelm Heile zum Ausdruck gebrachte Bedauern über das Fehlen gelegentlicher Kabinettsitzungen unter seiner persönlichen Beteiligung wie auch die bei Hallstein angemahnte Vorlage der Berichterstattung der Auslandsmissionen deuten unmissverständlich in diese Richtung.

Doch auch andere grundsätzliche politische Fragen scheinen in den Briefen auf. Bis 1952 beschäftigte die Frage einer Nationalhymne Heuss mehrfach; mit seinem Wunsch nach einer neuen Hymne konnte er sich letztlich nicht durchsetzen. Andere Briefe betreffen die Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts oder die Frage nach Orden und ähnlichen Ehrungen. Aber das Maß des Erfolgs von Heuss liegt sicher nicht in Erfolgen in solchen und ähnlichen Einzelepisoden. Da saßen andere zu oft an den längeren Hebeln.

Die zweite politik- bzw. parteigeschichtlich wichtige Gruppe von Briefen umfasst Schreiben an FDP-Politiker wie Franz Blücher, Reinhold Maier, Thomas Dehler, Friedrich Middelhaue, Ernst Mayer, Hermann Höpker Aschoff und Erich Mende, um nur die wichtigsten zu nennen. Oft haben sie die schwierige Lage der FDP zum Thema, also den Richtungsstreit zwischen National- und Linkliberalen, wenn man diese Kontroversen so verkürzt auf eine Dimension zusammenfassen will. Interventionen in seiner Partei, deren erster Vorsitzender er ja bis zur Wahl zum Bundespräsidenten war, stellten das zur Neutralität verpflichtete Staatsoberhaupt vor eine heikle Aufgabe. Dass Heuss es mit den Radikalen in seiner Partei weder auf der einen noch auf der anderen Seite hatte, wird dabei stets deutlich. Seine Linie war vernünftig, abgewogen und in der Regel frei von tagesaktueller Aufgeregtheit, wie sie im Geschäft stehende Politiker wohl nicht immer vermeiden können. Auch hier war Heuss nicht immer Erfolg gegönnt. Je mehr er sich von Dehler entfernte, den er schon Mitte 1953 als „enfant terrible“ (S. 446) ansah, desto mehr stieg der innerhalb der FDP zum Hoffnungsträger und schließlich zum Parteivorsitzenden auf.

Das vielleicht schwierigste Tätigkeitsfeld für Heuss stellte wohl die Geschichtspolitik oder, weniger abstrakt, der Umgang mit der NS-Vergangenheit Deutschlands dar. Auch diesem Thema sind zahlreiche Briefe gewidmet; die für Heuss besonders problematische Frage seiner – von der Fraktionsmehrheit veranlassten – Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz kommt leider nur am Rande zum Tragen. Jedoch ist auch dieses Abstimmungsverhalten der fünf Liberalen im Reichstag am 23. März 1933 bereits Thema einer separaten Edition. Heute fast überraschend und daher auf jeden Fall erinnerungswürdig ist aber, dass das Eintreten von Heuss für die Attentäter des 20. Juli 1944 Anfang der 50er

Jahre, und im Gegensatz zu heute, auf teils erheblichen Widerspruch von rechts stieß. Vielen galt Stauffenberg noch immer als Verräter und Eidbrecher. Wie tagesaktuell das 1954 sein konnte, zeigte Heuss' Position zur Aufführung des „Canaris“-Films mit O. E. Hasse. Nur noch am Rande erwähnt sei eine weitere Gruppe von Briefen an Schriftsteller und Verleger. Auch hier war Heuss aus persönlichem Interesse heraus besonders aktiv. Zu nennen sind hier beispielsweise Carl Zuckmayer, Hermann Hesse, Peter Suhrkamp oder Alfred Döblin.

Ein Brief verdient es, besonders hervorgehoben zu werden, nämlich das Schreiben an Pieck vom 7. November 1951, und zwar nicht nur deswegen, weil Heuss „in Übereinstimmung mit der Bundesregierung“ selbstverständlich den Brief Piecks mit einem Schreiben an den „Präsident der DDR, Berlin-Niederschönhausen“ beantwortete. Entscheidend ist vielmehr, wie er Piecks Reden über eine Verständigung als „von Anbeginn fragwürdig“ entlarvt, da es in der Form von Angriffen und Vorwürfen daher kam und durch die Polemik die Ernsthaftigkeit seines Vorschlags erschütterte. Weiter wies Heuss darauf hin, „daß die Bemühung scheitern müßte, [...] für den Begriff des ‚Demokratischen‘ die gemeinsame Basis der Umgrenzung zu finden“. Piecks Vorschlag, freie Wahlen statt durch die vom Westen bevorzugte UN-Kommission durch ein Viermächte-Gremium beaufsichtigen zu lassen, lehnte Heuss als „Neubelebung des ‚Kontrollrats‘“ rundweg ab, eine Position, die Adenauer auch in der Debatte um die Stalin-Note wenige Monate später beibehielt.

Daneben kommt Anekdotisches zu Recht ebenfalls vor, so etwa die Ablehnung, eine Pfälzer Weinkönigin zu küssen, und das Angebot, statt dessen eine Rundfrage im Präsidialamt zu veranstalten, wer deshalb in die Pfalz fahren wolle. In diese Kategorie fällt sicher auch ein Schreiben an seinen Persönlichen Referenten Hans Bott, den er über die Notwendigkeit informiert, den Hund Axel nach zwei Angriffen auf Menschen in ein Tierheim zu geben.

Dem Erscheinen der noch fehlenden zwei Briefe-Bände (1954–1959 bzw. 1959–1963) sieht man mit gespannter Freude entgegen. Auch sie werden für die Arbeit der Historiker zur frühen Bundesrepublik Deutschland von großem Nutzen sein.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Jochen Guckes: Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900 – 1960.

Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, 2011 (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 67) XVI, 651 S., ISBN: 978-3-506-77145-2

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine leicht überarbeitete Dissertation, die 2010 von der Philosophischen Fakultät I der Humboldt Universität Berlin angenommen wurde. Die Gestaltung des Einbandes mit einer Abbildung zu „Dortmund – Stadt der Leistung“ ist wohl ihrer Veröffentlichung in der regionalgeschichtlichen Reihe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe geschuldet, spiegelt aber auch die inhaltliche Gewichtung. Die Auswahl dieser drei recht unterschiedlichen Städte entspricht dem Forschungskonzept, hatte aber auch praktische Gründe: Dortmund ist die Heimatstadt des Verfassers, Freiburg war sein erster Studienort und Dresden dann 1990 die erste Stadt der ehemaligen DDR, die er besuchte.

Ausgehend von Werbesprüchen dieser Städte, die sowohl dem Marketing als auch einem städtischen Wir-Gefühl dienen sollten, stellte sich Guckes eine Ausgangsfrage: Wie entstehen städtische Selbstbilder? Seine – hier komprimierte – Antwort lautet: Sie entstehen vielerorts durch städtische Deutungseliten, deren zentrale Akteure stark bürgerlich geprägt sind. Daraus ergibt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung vom Bürgertum im Wandel – insbesondere während des Dritten Reiches und des DDR-Sozialismus. Folglich beschäftigt sich der Autor mehrfach und ausführlich mit der wechselvollen Bedeutung seiner Kategorie über „Bürgerlichkeit“ und konstatiert zwar einen Formwandel, auch eine Verallgemeinerung bürgerlicher Werte, aber keine Bedeutungslosigkeit oder gar Untergang. Das scheint besonders beim Blick auf Dresden erstaunlich, da diese Stadt nach 1945 einen weiteren Bruch im politischen System und mit ihrer traditionellen Kultur-Bürgerlichkeit erlebte, während Freiburg und Dortmund an die gesellschaftspolitischen Strukturen der Weimarer Republik anknüpfen konnten. Generell scheint der Autor die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur nach 1933 nicht als Bruch für seine Kategorie „Bürgerlichkeit“ einzuordnen, weil weite Teile des Bürgertums die Umdeutung ihrer Werte hinnahmen – ja, sogar bürgerliche Werthaltungen in der NS-Ideologie zu erkennen meinten.

Die Wahl des Zeitrahmens vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende der Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg umfasst fünf politische Systeme: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich und danach die BRD sowie die DDR parallel. Somit müssten unterschiedliche Einflüsse auf die Selbstbild-Konstruktionen der Städte sichtbar werden. Deutlich werden die Unterschiede jedoch erst nach 1945, als im Westen vor allem auf Traditionen zurückgegriffen wurde, während östlich der Elbe die staatliche Lenkung gegen alte bürgerliche Eliten vorging.

Um diese Studie wissenschaftlich solide untermauern zu können, hat sich der Verfasser zwei große Quellenkomplexe erschlossen. Zum einen „Selbstdarstellungstexte“ aus den drei Städten, also Stadtbücher, Sondernummern lokaler Zeitschriften, Festschriften, Jubiläumsausgaben der Lokalpresse, Heimatzeitschriften und Imagebroschüren, die sowohl die Image- als auch die Identitätspolitik veranschaulichen. Zum anderen sollen „Tiefenbohrungen“ zu besonderen Ereignissen Einblicke in die Stadtgesell-

schaft ermöglichen, als da wären lokale Zukunftsprojekte, Einweihungen kommunaler Bauten, städtische Jubiläums- und Gedenkfeiern. In diesen Quellen werden sowohl die Rolle der Stadtverwaltung als auch der Einfluss der Stadtgesellschaft deutlich, die sich im Idealfall ausbalancieren. Während der beiden Diktaturen wurde die Stadtgesellschaft jedoch gelenkt und zensiert, aber die Parteipolitik bleibt hier bewusst ausgespart (S. 7, Anm. 24).

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen drei große Themen:

- Vielerorts fanden Modernisierungs- und Entwurzelungsprozesse statt. Wie gelang es hier, den lokalen Zusammenhalt weiter zu begründen und zu erhalten?
- Zahllose Kommunen erlebten einen infrastrukturellen Wandel. Wie konnten schwierige Prozesse, wie die „Großstadtwerdung“, der Wiederaufbau nach 1945 und die Traumata der Zerstörung bewältigt werden?
- Alle größeren Städte standen seit 1900 im Standort-Wettbewerb miteinander. Wie verliefen stadtintern Meinungsbildung und Umsetzung für eine unverwechselbare Positionierung?

Gleichzeitig wollte der Verfasser auch einen Beitrag zu einer „Kulturgeschichte der Stadt“ leisten und nicht nur drei weitere Lokalstudien erstellen, also Aussagen zur historischen Bedeutung städtischer Selbstbilder und bürgerlicher Wertvorstellungen, die in ihnen sichtbar werden, machen können. Dabei stellte sich für ihn die Frage nach der „Sozialrelevanz von Ideen“, denn jede Idee/Vision von einer Stadt hat konkrete Folgen für die Bewohner und dient speziellen Interessen einzelner Akteure.

Nach seiner Definition teilen sich die sogenannten „Deutungseliten“ in drei Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen/Interessen:

- klassische Bildungsbürger in kommunalen oder staatlichen Diensten
- freie Intellektuelle
- lokale „Macher“ aus Politik und Wirtschaft.

Aber sie haben einen gemeinsamen Bezugspunkt: Wertvorstellungen aus dem bürgerlichen Milieu (S. 24).

Entstanden ist so ein ausführlicher und betont wissenschaftlicher Vergleich dreier städtischer Selbstbilder mit zahlreichen Statistiken – teils im Text verarbeitet, teils gesondert abgedruckt – und unendlich vielen Anmerkungen: auf 535 Textseiten findet der Leser über zweitausend Fußnoten! Das zeugt von Fleiß, umfassenden Literaturkenntnissen – samt deren technischer Verwaltung – und Zitierfreudigkeit. Die inhaltliche Gewichtung der drei Städte wird auch optisch deutlich; denn Freiburg kann auf den Seiten 65 bis 143 mit 305 Fußnoten abgehandelt, Dresden muss zwischen den Seiten 145 und 303 mit 679 Fußnoten gewürdigt werden und Dortmund ist mit 816 Fußnoten auf den Seiten 305 bis 487 der Spitzenreiter. Erfreulich ist, dass die vergleichenden und zusammenfassenden Kapitel V. (S. 489–525) und VI. (S. 527–535) mit 27 bzw. zwei Fußnoten auskommen.

Die Gliederung ist im Interesse der Vergleichbarkeit schematisch aufgebaut und so sind die jeweiligen Gliederungspunkte:

A. Stadtporträt: 1. Lage, Geschichte und Funktion, 2. Wirtschafts- und Sozialstruktur und bürgerliches Milieu, 3. Wahlen und politische Kultur, 4. Institutioneller Rahmen, 5. Stadtbild.

B. Selbstbildkern: 1. Elemente, 2. Leerstellen, 3. Bürgerliche Prägungen, 4. Habitus der Stadt, 5. Zwischenfazit: Ausformungsbedingungen und Funktionen städtischer Selbstbilder.

C. Lokale Deutungselite und städtische Selbstbilder im Wandel: 1. Fragmentierungen der Deutungselite, 2. Prägekraft der Deutungselite im bürgerlichen und in den anderen Milieus, 3. Kontinuitäten und Wandlungsprozesse für alle drei Städte identisch.

Während das Kapitel über Freiburg als „Annäherungen einer liberalen ‚Pensionopolis‘ an die Moderne“ damit abgeschritten scheint, wird das Kapitel über Dresden als „Kunst- und Kulturstadt oder Hauptstadt des ‚Roten Sachsens‘? ergänzt durch einen weiteren Gliederungspunkt D: Der große Bruch: 1. Der 13. Februar 1945 und die Etablierung der SED-Herrschaft, 2. Ein neuer Selbstbildkern in Dresden, 3. Alte und neue Deutungselite in der SBZ/DDR, 4. Zwischenfazit: Ausformungsbedingungen städtischer Selbstbilder, Ursachen und Mechanismen ihres Wandels vor und nach 1945, Funktionen.

Im Kapitel IV. über „Bürgerlichkeit in der Stadt der Schwerindustrie“ – also Dortmund – lautet das Zwischenfazit: Ausformungsbedingungen, Wandlungsmechanismen und Funktionen städtischer Selbstbilder und steht am Ende von Gliederungspunkt C. über lokale Deutungseliten. Generell entspricht die Gliederung aber dem bereits vorgestellten Muster.

Es folgt das bereits erwähnte Kapitel V. über „Strukturbedingungen und Selbstbildspezifika im Vergleich“, 1. Drei Städte und ihre Selbstbilder: Strukturbezüge, Ausformungsbedingungen, Funktionen und Wandlungsmechanismen, 2. Deutungseliten und ihre Prägekraft, 3. Bürgerlichkeit, 4. Selbstbildnutzungen: Identitäts-, Bau- und Imagepolitik, 5. Beiträge zu allgmeinhistorischen Forschungsfragen. Hier werden die gebündelten Ergebnisse aufschlussreich verglichen und der Verfasser löst sich von seiner Überfülle an Quellen und Sekundärliteratur. Auch die mit ca. acht Seiten im Vergleich zum Gesamtumfang knappe Zusammenfassung als Kapitel VI. ist lesenswert und sprachlich gelungen.

Denn insgesamt hat Guckes keine Studie zum Lesen, sondern eher zum Nachschlagen vorgelegt, zum Auswerten seiner umfassenden Literaturschau und seiner statistisch begründeten Forschungsergebnisse. Das ist fraglos sehr verdienstvoll.

Eingerahmt wird diese Arbeit eingangs mit einem Verzeichnis der Karten, Tabellen und Grafiken (S. X-XII) und abschließend mit einem Anhang, der Abkürzungsverzeichnis, Quellen und Literatur sowie ein Register umfasst (S. 537 -651). Auch diese zahlreichen wissenschaftlichen Hinweise und Benutzungshilfen sind vorbildlich.

Aber der Rezensentin erscheint der gewählte Zeitraum für die Fragestellungen nicht aufschlussreich genug, weil die städtischen Selbstbilder um 1900 schon lange historisch und interessenpolitisch geprägt waren. Ob das allein der „Bürgerlichkeit“ zu verdanken ist, bleibt fraglich – zumindest bei Bischofssitzen und Residenzstädten.

Erstaunlich scheint, dass sich die städtischen Selbstbilder selbst nach extrem bewegten Zeiten wie dem Ersten und Zweiten Weltkrieg samt Diktaturen nicht gravierend veränderten, obwohl die bürgerlichen Trägerschichten deformiert oder gar entmachtet wurden. Das lässt zweierlei Schlüsse zu: eine in ihrem Kern unzerstörbare bürgerliche Kontinuität oder ein zu weiter Begriff von Bürgerlichkeit.

In dieser Studie hat der Verfasser insbesondere zum Forschungsfeld „Bürgertum und bürgerliches Milieu“ umfassend exzerpiert, fast einen wissenschaftlichen Exkurs eingefügt (vgl. S. 27-51). Aber eine eigene anschauliche Schilderung der täglichen Lebenswelt dieser bürgerlichen Schichten in den drei – doch recht unterschiedlichen – Städten fehlt und damit fehlen auch die speziellen regionalen Varianten von bürgerlichem Kulturleben – wie z.B. der besonderen Pflege des Musiklebens in Dresden, öffentlich und privat. Wobei gerade dort in der privaten Musikpflege ein Widerstandskern gegen das politische System für Insider hörbar, vermutlich später auch gesellschaftspolitisch wirksam wurde. Vielleicht kämen wir mit solchen Detailanalysen dem unzerstörbaren Kern vermeintlich bürgerlicher Kontinuität näher, auch wenn dieser Kern von Stadt zu Stadt variieren kann und nicht nur bürgerliche Schichten geprägt hat?

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Reiner Marcowitz/Philippe Alexandre (Hrsg.): La revue „Die Hilfe“, 1894–1944 un laboratoire d'idées en Allemagne. Die Zeitschrift „Die Hilfe“, 1894–1944 ein Ideenlabor in Deutschland.

Bern: Verlag Peter Lang, ISBN 978-3-0343-0355-2, 364 S.

Der Nachweis, dass es sich bei der Zeitschrift „Die Hilfe“ um ein Ideenlaborium gehandelt habe, kann für ein halbes Jahrhundert auf rund 350 Seiten nicht schlüssig gelingen, zumal mehr als ein Viertel allgemeiner Themen, der französisch-deutschen Liberalismusgeschichte, Naumanns „Neudeutscher Wirtschaftspolitik“ und Wilhelm Heiles Biografie, gewidmet sind. Die Herausgeber fahren denn auch die Ansprüche herunter; sie bezeichnen es als Zweck des vorliegenden, aus einer Tagung hervorgegangenen Bandes, Fragen zu stellen und den Weg für künftige Forschungen zu bereiten. Immerhin sollten die ausgewählten Untersuchungsaspekte der „Hilfe“ daraufhin geprüft werden, wie der Ideenaustausch funktionierte. Nach einer Einführung, die von den Herausgebern Philippe Alexandre und Reiner Marcowitz gemeinsam verfasst wurde, folgen vier sachsystematische und zwei chronologische Kapitel. Ein Personenregister und ein Verfasserverzeichnis, das nur die Institutionen ergänzt, schließen den Band ab.

In ihrer Einführung deuten die Herausgeber an, dass die „Hilfe“ sich trotz ihrer Parteinähe nicht als verlängerter Arm dieser Parteien gebrauchen ließ, sondern eigene Akzente setzte. Hier werden aufschlussreiche Angaben über die Periodisierung, die Tendenz(en), die Herausgeber und die Auflage der Zeitschrift gemacht, während Angaben über die Autorenschaft und über die Leserschaft fehlen. Sodann werden die einzelnen Beiträge des Bandes vorgestellt, was vielleicht der Grund ist, weshalb von der französischen Einführung keine bilinguale Zusammenfassung erstellt wurde.

Die sachsystematischen Kapitel betreffen die Liberalismusgeschichte, Wirtschafts- und Kolonialpolitik, die Ostpolitik und die Europa-Idee. Während in Frankreich die Dritte Republik eine lange Existenz von 1870 bis 1944 hatte (Etienne Cricqui), war Deutschland nach der Epoche des Kaiserreichs, wo die Liberalen fast nur kommunalpolitisch Einfluss hatten, von der kurzlebigen, auf linksliberalen Konzepten beruhenden Weimarer Republik und der noch kurzlebigeren nationalsozialistischen Diktatur geprägt (Karl Heinrich Pohl, Reiner Marcowitz). Für den deutschen Leser aufschlussreich ist das Fehlen einer „klassischen“ liberalen Partei in der Dritten Republik, bedingt durch die Schwäche der Monarchisten und der Katholiken als klassische Gegner. Hier dominierten die Linksrepublikaner seit 1879 die nationale Politik, die durch Staatsinterventionismus der sozialen Fragmentierung der Gesellschaft gegensteuerte, während in Deutschland die Liberalen im Kaiserreich durch den „Munizipalsozialismus“ die öffentlichen Aufgaben der wachsenden Städte bewältigten. Pohl unterstreicht die „sozialliberale“ Modernität der Liberalen in der Kommunalpolitik. Marcowitz bezeichnet es als verhängnisvoll, dass gegen Ende der Weimarer Republik republikfreundliche Kreise sich republikfeindlichen Ideen öffnen. Leider beschränkt der französische Beitrag (Cricqui) sich fast nur auf die erste Hälfte der Dritten Republik.

In ihrem Beitrag über Friedrich Naumanns grundlegendes Werk „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ weist Patricia Commun dessen klassische liberale Positionen – für Freihandel und Exportwirtschaft, gegen Kartelle, Monopole und konservative Großagrarien – nach, verbunden mit seinem Einsatz für einen auch militärisch starken, sozialpolitisch modernen Staat. Zugleich stand er für einen Ausgleich von

Sozialismus und Kapitalismus. Während Naumann die Hauptströmung des Linkliberalismus repräsentierte, polarisierte Paul Rohrbach, der kolonialpolitische Autor der „Hilfe“, stärker als dieser die Leserschaft, indem er beispielsweise den sozialdarwinistischen Standpunkt vertrat, dass die angeblich rassistisch minderwertigen Neger nicht reif für das Christentum seien (Christina Stange-Fayos). Auch kritisierte er die Legalisierung der Ehe zwischen Weißen und Schwarzen durch den Reichstag 1912. Hauptsächlich auf Rohrbach gingen völkische Akzente in der „Hilfe“ zurück, während Naumann einen ethischen Imperialismus vertrat.

Auch die Auseinandersetzung mit dem Osten war in der „Hilfe“ teilweise von Vorurteilen besetzt. Als russisches Grundübel wurde laut Philipp Menger der Zarismus identifiziert; in diesem Zusammenhang konnte die russische Landmasse als Gefahrenpotenzial (Naumann) oder, entsprechend den USA, als Chance für eine demokratische Entwicklung (Max Weber) begriffen werden. Naumanns Werk „Mitteleuropa“ ist voller russenfeindlicher Stereotypen und Vorurteile. Er deutete Russland als Gegenentwurf zur Mitte Europas. Im Zuge der Oktoberrevolution 1917 setzte ein nicht überraschender Umdenkprozess ein, der ein starkes Deutschland als Schutzwehr vor der russischen Revolution postulierte. Bezüglich des Osmanischen Reiches arbeitet Eberhard Demm heraus, wie stark Naumann machtpolitisch argumentierte, auch wenn es um ethische Probleme wie die Armenierfrage oder um die Annexion Bosniens ging, eine Haltung, die der Autor mit Naumanns umstrittener Befürwortung der Hunnenrede Wilhelms II. vergleicht. Immerhin war die „Hilfe“ die einzige deutsche Zeitschrift, die die Verfolgung der türkischen Armenier kritisierte, bevor die Zensur das unterband. Gegen frühere Äußerungen wird verdeutlicht, dass Naumann die Eingliederung des Osmanischen Reichs in sein Mitteleuropa-Konzept ausdrücklich ausschloss, während einige Autoren in ihm das künftige „deutsche Indien“ sahen.

Bezüglich der Europa-Idee erkennt Philippe Alexandre trotz Verschiedenheiten über ein halbes Jahrhundert hinweg Konstanten, nämlich die Befürwortung eines starken Deutschlands als stabilisierenden Faktor für das europäische Gleichgewicht. Unter diesem Aspekt konnte die „Hilfe“ auch Hitlers revisionistischer, scheinbar friedlicher Außenpolitik zustimmen. Im Zweiten Weltkrieg traten ausgemachte Nationalsozialisten als Autoren hinzu, sodass ein spannungsreiches Feld von sozialdarwinistisch-imperialistischen und liberalen Perspektiven entstand. Karl Holl befasst sich mit dem langjährigen Redakteur und Mitherausgeber der „Hilfe“, Wilhelm Heile, einem Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung mit der Vision eines föderal gegliederten Europa, aus dem weder Großbritannien noch die Sowjetunion ausgeschlossen werden sollten – ein scharfer Kontrast zu Coudenhove-Kalergis Pan-neuropa-Konzept. Heiles europapolitische Aktivitäten, speziell auch seine Auseinandersetzung mit Coudenhove-Kalergi, werden detailliert beschrieben. Die Scheinerfolge von Heiles Betriebsamkeit wurden durch Deutschlands Finanznot seit dem Herbst 1930 beendet.

Nun folgen die beiden chronologischen Kapitel über die „Hilfe“ im Ersten Weltkrieg, in der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur. Im Ersten Weltkrieg setzte die „Hilfe“ sich für eine Politik im Interesse des breiten Volkes und für einen Verständigungsfrieden ein (Michael Durant). Julia Schrodas Beitrag, der das Umbruchsjahr 1918/1919 darstellt, besteht über weite Strecken aus einer Kompilation von Zitaten mit verbindenden Überleitungen, womit immerhin ein Stück weit die Quellenbasis geliefert wird. In der Novemberrevolution machte die „Hilfe“ die Träger des alten Systems für die Folgen verantwortlich, qualifizierte den Kaiser als Friedenshindernis und kritisierte die Zwangspolitik der letzten Monate im Osten. Auf der anderen Seite wollte sie die Unterzeichnung des Versailler Vertrags als „Volksmord“ (266) verhindern, sprach sich indirekt für erneuten Widerstand gegen die Siegermächte aus, unterstützte nach dessen Unterzeichnung jedoch die Regierung als Ordnungsmacht.

In seinem Beitrag über „Staat und Demokratie im Hilfe-Kreis“ der Weimarer Republik hebt Thomas Hertfelder die Bedeutung der Zeitschrift als „das zentrale Forum der intellektuellen Positionsbestimmung“ (280) hervor. Der verbreiteten funktionalistischen Legitimation der Republik standen Ausnahmen gegenüber, die sich mit Kant auf individuelle Autonomie und sittliche Freiheit beriefen. Terminologische Probleme zeigen sich, wenn Gertrud Bäumer, Mitherausgeberin der „Hilfe“, sich rückblickend auf den „Nationalsozialismus Friedrich Naumanns“ bezog, sachliche Probleme, wenn dieselbe Autorin in die antipluralistische Kerbe schlug. Die Zeitschrift hob einerseits die Überlegenheit der Weimarer Republik über die Diktatur hervor, da sie trotz ihrer Strukturschwächen ein selbstregulatives, sich optimierendes System sei. Doch gab es auch Beifall für den Führerstaat eines Mussolini. Im Juni 1932, als die Nationalsozialisten vor ihrem größten Wahlerfolg standen und die liberalen Parteien marginalisiert waren, beharrte Bäumer auf Naumanns Ideen: „Wir suchen die Formen eines demokratischen Nationalsozialismus – im Gegensatz zum faschistischen Nationalsozialismus“ (310). Hertfelder gelangt zu dem Schluss, dass die „Hilfe“ in den Krisenjahren der Weimarer Republik die liberale Politik neu zu formulieren versuchte, während sie Demokratie und Rechtsstaat niemals zur Disposition stellte.

Jürgen Frölichs Beitrag unter dem vielversprechenden Titel „National-sozial versus Nationalsozialistisch?“ geht eher journalistisch mit der „Hilfe“ in den Jahren 1923–1933 um. Hier wäre deutlich zwischen aktuellen Reaktionen und tiefgreifenden Analysen zu unterscheiden gewesen. So fragt man sich, wieso die „Hilfe“ als intellektuelle politische Zeitschrift ihr Erscheinungsbild hätte ändern sollen, wenn sie Lehren der Deutschen Staatspartei aus der überlegenen Propaganda der NSDAP anmahnt. Die Reaktion der „Hilfe“ auf die Staats- und Parteienkrise 1932 als „orientierungsloses Schwanken“ (330) zu qualifizieren, „kämpferische Gegenwehr“ (332) anstelle der Unterstützung Hindenburgs anzumahnen, lässt die Marginalisierung der Deutschen Staatspartei außer Acht. Es hätte stärker untersucht werden sollen, dass die verschiedenen Autoren der „Hilfe“ doch einen vielstimmigen Chor mit recht unterschiedlichen Reaktionen auf das Anschwellen der NSDAP darstellten.

Im letzten Beitrag beschäftigt Wolfram Pyta sich mit der Deutung des Zweiten Weltkriegs in der weiterhin bestehenden Zeitschrift. Wie Menger spricht er vermutlich versehentlich von nationalliberaler anstelle von nationalsozialer Haltung. Die alten „Hilfe“-Autoren wie Theodor Heuss, dessen Beiträge mit dem Überfall auf die Sowjetunion abbrechen, äußern sich vorsichtig-kritisch über den Krieg an sich und über die Art der Kriegsführung. Eine jüngere Herausgeber- und Autorengeneration, die ergänzend hinzutrat, bediente sich Aspekten der nationalsozialistischen Ideologie und zeichnete sich durch radikale Lösungen aus.

Insgesamt fällt die Ungleichgewichtigkeit auf von vier französischen Beiträgen – mit Einführung fünf – und zehn deutschen. Auch qualitativ weisen die Beiträge deutliche Unterschiede auf. Dass die Frage nach dem Ideenlaboratorium nicht nur euphemistisches Wunschdenken ist, dafür gibt es in verschiedenen Beiträgen ansatzweise Hinweise. Eine handfeste Studie zu dieser Frage steht noch aus. Zugleich ist das Fehlen eines digitalen Zugriffs auf die „Hilfe“ ein Desiderat.

Solingen

Horst Sassin

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Jürgen Dittberner: Schwarz-Gelb in Berlin oder Die Krise der FDP.

Berlin: Logos Verlag, 2012, 2. erweiterte Ausgabe, 238 S., ISBN: 978-3-8325-2787-7

Der Politikwissenschaftler Jürgen Dittberner hat sich eine aktuelle und spannende politische Entwicklung in der Bundesrepublik zum Thema gemacht: Nachdem die FDP im Jahr 2009 mit dem besten Ergebnis ihrer Geschichte eine schwarz-gelbe „Traumkoalition“ (S. 72) in Berlin möglich machte, stürzte sie in den Meinungsumfragen innerhalb kürzester Zeit ab. Auch wichtige Landtagswahlen – wenn auch nicht alle – gingen in der Folge für die Liberalen verloren. Der schwarz-gelben Koalition in Berlin misslang der Start in die gemeinsame Regierung.

Dittberner verspricht im Vorwort, einen Beitrag über die „inhaltliche Demokratie“ leisten zu wollen – dabei definiert der Autor inhaltliche Demokratie in seiner „Skizzensammlung“ (S. 5) folgendermaßen: „In dem Maße, in dem sie [politische Parteien] neue Strömungen der politischen Kultur im Lande aufnehmen und diese je nach ihrem ideologischen Standort formieren, ist Deutschland auch inhaltlich demokratisch“ (S. 5). Versteht man dies als Betrachtung der Politik aus programmatischer Sicht, wäre eine Analyse des schwarz-gelben Regierungshandelns und der FDP-Krise sowie eine Konzentration auf die Themen und Positionen der verschiedenen Akteure zu erwarten.

Diese Analyse findet sich nur bruchstückhaft an verschiedenen Stellen im Buch. Das Buch besteht aus sechs größeren Kapiteln. Zu Beginn behandelt der Autor in einer etwa 50 Seiten starken „Einführung“ verschiedenste Themen von „Horst Köhler“ über „Islam“, „WikiLeaks“ bis zu „Fukushima“. Diese sollen „die ‚Werdegänge‘ der schwarz-gelben Parteien, aber auch die Entwicklung der politischen Kultur allgemein im Vorfeld von Schwarz-Gelb“ (S. 5) skizzieren. Nicht immer erschließt sich dabei der Zusammenhang zum eigentlichen Buchtitel. Die weiteren Kapitel behandeln die Union, die FDP, Schwarz-Gelb und „die Anderen“ und schließen mit einer Art Zusammenfassung unter dem Titel „Auslaufmodell?“.

Dittberner geht in Unterkapiteln immer wieder episodenhaft auf Themen, Personen oder Ereignisse ein. Unterkapitel haben dabei Überschriften wie „Unattraktiv“, „60 Jahre“, „Guido“ oder „Rösler“. Wiederholungen in der Argumentation und mehrfache Erwähnungen der gleichen Sachverhalte lassen sich dadurch nicht vermeiden. Auch eine durchgängige Argumentation wird dadurch nicht recht klar; man meint, das Buch auch von hinten nach vorn lesen zu können.

Interessant sind dabei durchaus die historische Einordnung und aktuelle Charakterisierung der Parteien – so etwa der FDP zu Beginn des Kapitels 3 oder die thesehafte Zusammenfassung im Kapitel 6 a. „FDP-Krise“.

Durch die kurzen und inhaltlich sprunghaften Unterkapitel fällt es schwer, Argumenten tiefgehend zu folgen. Die angebliche oder tatsächliche „Sozialdemokratisierung“ der CDU und die möglicherweise hiervon beeinflusste Positionierung der FDP macht Dittberner – wie viele seiner Analysen – vor allem an Personen und nicht an politischen Programmen fest: Auf zwei Seiten wird unter der Überschrift „Merz – Niebel“ im ersten Kapitel (S. 35 f.) beschrieben, wie die FDP marktwirtschaftliche – oder nach Dittberner wirtschaftsfreundliche – Positionen beziehen konnte, die von der CDU nach Merz nicht

mehr überzeugend besetzt wurden. Dittberner spricht der FDP, festgemacht an der Person des damaligen Generalsekretärs Dirk Niebel, dabei die Rolle des „freiheitlichen Gegengewichts zu allen Sozialdemokraten“ ab¹. An Stelle einer Diskussion der inhaltlichen Positionen von CDU, SPD und FDP folgt als Begründung allerdings nur der – hier eher befremdlich erscheinende – Verweis auf das Abstimmungsverhalten von Otto Wels (SPD) und Theodor Heuss (später FDP) zum Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten 1933 sowie der Hinweis, der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller sei nach Ludwig Erhard der „erfolgreichste marktorientierte Wirtschaftsminister der Republik“ (S. 36) gewesen. Immer wieder bedient sich Dittberner solcher historischer Verweise um seine Thesen zu untermauern – obwohl aktuelle Bezüge interessanter gewesen wären.

Die Kritik an Politikern und den politischen Parteien insgesamt ist ein immer wiederkehrendes Thema des Buches. „So hat sich im Westen eine Politikergeneration nach oben gemauschelt, die zwar das politische Subsystem aus dem Effeff kennt, am Ende aber Politik schlecht kann“, schreibt Dittberner auf Seite 75 oder „Überhaupt müssen die Parteien Macht abgeben, soll das Parteiensystem Zukunft haben“ (S. 79). Sicher wird die Kritik an der „politischen Klasse“ ihre Zustimmung finden; ebenso die Schelte des G-8 Gipfels in Heiligendamm 2007: „Kosten spielen keine Rolle: Das Volk muss zahlen“ (S. 99). Der Erkenntnisgewinn für das Buchthema bleibt aber begrenzt.

An gleich mehreren Stellen spricht sich Dittberner für die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente aus: „Es wird Zeit, dass die Parteien ihre Allmachtgelüste aufgeben. Es hat auch nicht viel Zweck zu monieren, wenn das Volk anders entscheidet als die von Experten beratenen Politiker es sich vorstellen. Wer allen anderen außer sich selbst die Schuld gibt, wenn er sich beim Volk nicht durchsetzen kann, ist ein Gesinnungspolitiker“ (S. 22). Auch auf Seite 41 lobt Dittberner direktdemokratische Elemente: „[...] in den Kommunen, den Ländern und im Bund dagegen können Volksbegehren und Volksentscheide nützlich sein bei der Mobilisierung derjenigen, die Macht auf Zeit übertragen bekommen haben.“ Auf Seite 53 heißt es andererseits: „Volksentscheide dagegen spitzen zu, sind nicht der Differenzierung mächtig. Auf sie sollte lieber verzichtet werden.“

In den Kapiteln 1 n. Eurokrise und 1 o. Fukushima werden aktuelle Themen angesprochen, die in der Tat Bedeutung für „Schwarz Gelb in Berlin“ und „die Krise der FDP“ haben. Zum Euro bleibt Dittberners Abhandlung mit knapp zwei Seiten kurz, auch wenn „Europa“ auf Seite 192 ff. nochmals aufgegriffen wird. Nachvollziehbar ist seine Argumentation, dass der Mitgliederentscheid der FDP – während parallel die Eurokrise zwischen den Regierungen verhandelt wurde – nicht unbedingt für ein klares europapolitisches Profil der Liberalen gesorgt habe. Die Ablehnung von Eurobonds durch die FDP bezeichnet Dittberner als „populistisch“ (S. 59). Weshalb es aber beim Thema Eurobonds populistisch ist, eine Position zu vertreten, die der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung entspricht, erläutert Dittberner nicht. Obwohl er doch diejenigen, die sich beim Volk mit ihrer Position nicht durchsetzen können als „Gesinnungspolitiker“ bezeichnet (S. 22). Interessant wäre gewesen, hierzu zum Beispiel die unterschiedliche Argumentation der liberalen Fraktionen im Europäischen Parlament und in Berlin zu diskutieren.

Dittberner empfiehlt der FDP, das Thema Gerechtigkeit wieder zu entdecken und nennt unter anderem Wilhelm Röpke (S. 121) und John Rawls (S. 123) als hierfür wegweisende liberale Denker des 20. Jahrhunderts. Die FDP hingegen habe sich für einen „Westerwelle-Liberalismus“ (S. 122) – Friedrich August Hajek und Milton Friedman werden hier als Bezüge genannt – entschieden, obwohl sie doch mit dem Ordoliberalismus eine Wurzel besitze, die ihr den Weg zu anderen Interpretationen öffnen könne. Dittberner attestiert dem Ordoliberalismus „Schutz der individuellen Freiheitssphäre und vollständige Kon-

¹ Wie andere bezeichnete auch Dirk Niebel die CDU damals öffentlichkeitswirksam als „schwarze SPD“.

kurrenz" als wesentliche Ideen, „mit einer klar definierten Rolle des Staates“ (S. 121). Auch sei diese Denkschule in den 50er Jahren zur „Staatsräson“ der Bundesrepublik aufgestiegen. Seiner Schlussfolgerung, dass „soziale Sicherheit zur Basis des Wirtschaftswunders“ (S. 122) wurde, mag sich dabei vielleicht nicht jeder anschließen. Weiter sieht Dittberner eine Perspektive für die FDP als Pro-Europapartei, die der Europäischen Idee jenseits der Strukturen der EU neue Impulse geben solle (S. 164).

Es wird klar, dass der Autor eine sozial-liberale Ausrichtung der FDP als zukunftsweisende und moderne Interpretation des Liberalismus betrachtet. Seine Analyse, der FDP-Liberalismus sei „ungeliebt, auch wenn er anfänglich [mit Bezug auf 2009] viele Wählerstimmen hinter sich scharen konnte“ (S. 123), kann hierbei nur teilweise überzeugen. Trotz Fünf-Parteien-System und „Westerwelle-Liberalismus“ erreichte die FDP im Jahr 2009 mit 14,6% das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Es war in dieser Höhe zwar in der Tat überraschend, aber im Grundsatz keine Trendumkehr: Die FDP hatte es, nicht nur wegen, aber auch mit ihrer Interpretation des Liberalismus geschafft, seit dem Ausscheiden aus der Regierung 1998 bei drei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen kontinuierlich Wählerstimmen zu gewinnen. Der (wohlfahrts-)staatskritische „Westerwelle-Liberalismus“ wurde nicht erst kurz vor der Wahl 2009 erfunden, sondern ist schon in den Wiesbadener Grundsätzen von 1997 beschrieben. Der plötzliche Absturz in Meinungsumfragen 2009/2010 und bei vielen der Landtagswahlen hat wohl auch nicht daran gelegen, dass die Öffentlichkeit innerhalb weniger Monate das grundsätzliche Liberalismus-Verständnis der FDP in Zweifel gezogen hat. Es war doch eher – und das führt Dittberner an anderer Stelle (z.B. S. 151 ff. oder S. 224) auch selbst aus – Enttäuschung über die mangelnde Umsetzung der politischen Kernforderungen und Versprechen in der Regierung, gepaart mit handwerklichen, politischen und kommunikativen Fehlern.

Inhaltlich ist das Buch bei weitem nicht frei von Fehlern – auch wenn diese sicher nicht zu wesentlich falschen Schlüssen führen. An zwei Stellen (S. 9 und S. 173) heißt es, dass die FDP der Bundesregierung bis 1957 angehörte; in Wirklichkeit schied sie jedoch bereits 1956 – vor der Bundestagswahl 1957 – aus der Regierung aus. Auch gibt Dittberner die weit verbreitete – und dennoch falsche – Legende wieder, die FDP habe 1994 ein Plakat mit dem Slogan „FDP – damit Kohl Kanzler bleibt“ produziert (S. 92). Auch wenn der Slogan sinngemäß durchaus den damaligen Wahlkampfstil der FDP trifft, hat es dieses Plakat nie gegeben. Wiederholungen, wie die mehrfache Bezeichnung des FDP-Wahlergebnisses 2009 als „Pyrrhussieg“ auf den Seiten 87, 126, 174, 222 und 224 sind anstrengend zu lesen.

Ein sorgfältigeres Lektorat hätte Störendes, wie einen immer wieder wechselnden Zeilenabstand im Fließtext, Tippfehler (z.B. „FPD“ statt „FDP“ auf S. 135, 150, 225 und 226) oder den einen oder anderen Lapsus („Wer hätte 2009 gedacht, ...“, S. 19, „Groß Britannien“, S. 98, „andoggen“, S. 127) vermeiden können.

Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Lothar Gall: Wilhelm von Humboldt. Ein Preuße von Welt.

Berlin: Propyläen, 2011, 443 S., ISBN: 978-3-549-07369-8

Die Lektüre der Bücher von Lothar Gall ist immer ein Genuss. Da bildet die vorliegende Biografie über Wilhelm von Humboldt keine Ausnahme. Stets die Maxime des Lebens und Wirkens Humboldts betonend „Erkenne Dich selbst“ (u.a. S. 13) entwirft Gall eine spannende Charakterstudie des „Preußen von Welt“.

Dabei ist dieser 443 Seiten starke Band mehr als eine Biografie des großen Reformers, er ist gleichsam eine Geschichte Preußens und der preußischen Gesellschaft in der Krise. Großen Wert legt Gall von Anfang an auf den ichbezogenen Charakter Humboldts, der ihn Zeit seines Lebens in all seinem Handeln leitete. „Diese Welt- und Lebensanschauung wurzelte in der tiefen Überzeugung, dass der Mensch die Welt nur durch die Brille seiner eigenen Individualität sehen und erkennen könne und dass daher die Konzentration auf und die lebenslange Beschäftigung mit dieser Individualität die eigentliche Aufgabe und das eigentliche Ziel seines Lebens sein müsse.“ (S. 37)

Gall beschreibt nicht nur den Reformers Humboldt, nein – auch der Mensch Humboldt mit seinem übersteigertem Individualismus, seinen Freundschaften zu führenden Persönlichkeiten der Zeit, seinen wechselnden Liebschaften, seinen Lebenskrisen und der für ihn wichtigsten Beziehung zu seiner Ehefrau Caroline kommen nicht zu kurz. Gall versteht es, dem Leser Humboldts Denken nahe zu bringen, nicht zuletzt durch immer wieder eingefügte Zitate des Protagonisten, die größtenteils aus Briefen stammen.

Doch zum Anfang: Das erste Kapitel befasst sich – wie sollte es anders sein – mit Kindheit, Erziehung und Jugend. Früh herausgefordert durch das Studium der Schriften Kants, die ihm zu abstrakt erschienen, trat Humboldt dem „Bund der Freunde“ bei, der das „Ziel der gegenseitigen Erziehung zur sittlichen Vervollkommnung, der gegenseitigen Seelenbeichte und schonungslosen Offenheit gegeneinander“ (S. 27) verfolgte. Hier glaubte Humboldt die „abstrakten und trockenen Vernunftregeln Kants durch „die Fülle des Lebens, des geistigen wie des emotionalen“ (S. 27) zu bereichern.

Die folgenden Kapitel befassen sich mit ersten politischen Schriften, mit dem Beginn der lebenslangen Freundschaft zu Friedrich Schiller und mit den zahlreichen Reisen Humboldts. Dabei macht Gall sichtbar, wie die grenzenlose Ichbezogenheit Humboldts zu einem reichen Erfahrungsschatz führt. Nach dem Rückzug aus dem preußischen Staatsdienst führen ihn Reisen nach Paris, London, Rom etc. Hier bewegt sich der Kosmopolit unter intellektuell Gleichgesinnten, kann sich seinen Vorlieben und Gedanken hingeben, nach dem Tod seiner Mutter abseits von materiellen Sorgen und etwaigen Pflichten. Diese gedankliche und existentielle Freiheit, die Humboldt immer angestrebt und größtenteils auch gelebt hat, führte nach Gall aber auch immer wieder zu Schaffenskrisen, die bei Humboldt zu Lebenskrisen wurden. Er plante und begann während seiner Reisen viele Schriften, ohne sie jedoch in Gänze zu Ende geführt und publiziert zu haben. So schreibt er 1796 an Schiller „ich fühle sehr wohl woran es mir fehlt [...] An der Kraft, die ihren Gegenstand mit Leidenschaft angreift [...]“ (S. 83)

Nach den Napoleonischen Kriegen beginnt nach Gall die eigentliche Schaffenszeit Humboldts. Als Direktor der Sektion des Kultus und öffentlichen Unterrichts wollten er und seine gleichgesinnten Mitstreiter den absolutistischen Staat in ein liberales Gemeinwesen umgestalten. Selbsterklärtes Ziel war hierbei für Humboldt die Bildung des einzelnen Menschen als eigentlichem Zweck seines Daseins. Oberste Bedingung für diese Bildung sei die Freiheit. Dieser Gedanke war führend bei der Neukonzeption der höheren Bildung durch Humboldt. Es gelang Humboldt 1809/10, das gesamte preußische Schulsystem zu reformieren. Die Gründung der Universität in Berlin unter der Leitidee der Freiheit der Wissenschaft geriet zu seinem Meisterstück, schaffte er es doch, von Anfang an namhafte Gelehrte wie Fichte, Savigny, Schleiermacher und Ranke an die Universität zu binden. Die Bildungsreform blieb Humboldts größter Verdienst.

Die Zeit der Reformen war bald danach vorbei. Humboldt geriet mehr und mehr ins Abseits, zunächst noch Gesandter am Wiener Hof, schied Humboldt 1819, auch nach Kontroversen mit dem Staatskanzler Karl-August von Hardenberg endgültig aus dem preußischen Staatsdienst aus. Er zog sich als Privatgelehrter auf das Schloss in Tegel zurück und lebte dort bis zu seinem Tod im Jahr 1835. Fünf Jahre zuvor war ihm der Schwarze Adlerorden verliehen und er zurück in den preußischen Staatsrat berufen worden, aus dem er 1820 ausgeschlossen worden war. Diese höchste Auszeichnung zollte seinem Verdienst um das preußische Staatswesen Anerkennung.

Galls Biografie erzählt das Leben und Wirken eines Liberalen in der Krise des preußischen Staates, der mit Geschick, eisernem Willen und Überzeugung versuchte, ein von der Nation getragenes Gemeinwesen aufzubauen und dauerhaft zu etablieren. Im Bildungssektor hat er damit Großes geleistet. Er erzählt aber auch die Geschichte des Universalgelehrten Humboldt, der seine Ideen, fast immer losgelöst von materiellen Sorgen, in Konzentration auf sich selbst verwirklichen wollte. Damit hat er das Bild Preußens maßgeblich geprägt, als Politiker, als Diplomat, als Privatgelehrter und als Reformier.

Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Sylvia Heinemann: „Frauenfragen sind Menschheitsfragen“. Die Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963.

Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 2012, 496 S., ISBN: 978-3-89741-337-5

Die hier anzugebende Dissertationsschrift von Sylvia Heinemann über die „Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963“ basiert auf unterschiedlichen, sich ideal ergänzenden Primär- und Sekundärquellen. Sie entwirft ein Abbild der frauenpolitischen Arbeit von FDP-Politikerinnen, das bisher in der Forschung nicht oder nur am Rande thematisiert worden ist. Damit ist sie ein wertvoller Beitrag zur Liberalismusforschung insgesamt und durch die sorgfältige und reichliche Quellenwidrigabe auch die Grundlage für die weitere Erforschung der Politik liberaler Politikerinnen über die 60er Jahre hinaus.

Heinemann hat eine dichte, sehr informative Studie vorgelegt, die neben der Einordnung bestehender Forschung Erkenntnisse aufweist, die bisher unbekannt oder nicht angesprochen waren. Als nur ein Beispiel sei hier die Mitgliedschaft Liselotte Funckes in der NSDAP und der Umgang damit angeführt.

Sehr sorgfältig und detailreich charakterisiert Heinemann die Erfahrungen der FDP-Politikerinnen Liselotte Funcke, Ella Barowsky, Emmy Diemer-Nicolaus, Hildegard Hamm-Brücher, Roswitha von Bergmann, Hedda Heuser-Schreiber und Christa Seib und deren Strategien bei der Umsetzung ihrer Frauenpolitik in der eigenen Partei aber auch gegenüber anderen Parteien.

Zu Beginn der Studie werden die Protagonistinnen in biografischen Einzelfallanalysen (S. 47-107), die auch auf Ergebnissen von Zeitzeugeninterviews basieren, die die Autorin von 1999 bis 2005 durchgeführt hat, vorgestellt und vergleichend ausgewertet (S. 108-121). Heinemann konzentriert sich hier auf die Parameter politische und private Sozialisation, Erfahrung und Haltung während der NS-Zeit, den Weg in die Politik nach 1945 und speziell in die Frauenpolitik. Die folgenden Kapitel widmen sich der „Organisationsgeschichte und den Rahmenbedingungen“ der Frauenpolitik in der FDP und der Frauenpolitik insgesamt der ersten Nachkriegsjahre in der Bundesrepublik (S. 123-146).

Thematisiert werden hier neben der FDP-Frauenorganisation ihre Beziehungen zu anderen Frauenverbänden. Die „Politik des Alltags“ im ersten und zweiten deutschen Bundestag wurde qualitativ und quantitativ analysiert (S. 147-228).

Die beiden letzten Kapitel widmen sich konkreter Partei- und Gremienarbeit. Hier werden die Haltung und die Bemühungen der liberalen Politikerinnen auf dem Gebiet der Konkretisierung der Gleichberechtigung im Familienrecht (S. 229-302) und die Situation der Frau im Alltags- und Arbeitsleben (Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf, Halbtagsarbeit, Besteuerung der Erwerbsarbeit von Frauen) behandelt (S. 303-379).

In der Schlussbetrachtung beurteilt Heinemann anhand der gewonnenen Erkenntnisse die „emanzipatorischen Chancen der Frauenpolitik der Nachkriegszeit“ (S. 381-401) und kommt zu dem Schluss, dass „Der Satz ‚Frauenfragen sind Menschheitsfragen‘ [...] sowohl Leitmotiv der Frauenpolitik als auch Inbegriff frauenspezifischer Nachkriegserfahrungen [...]“ war (S. 381).

Dabei wird besonders die Diskrepanz zwischen den Bemühungen der aktiven Frauen in der FDP und der Akzeptanz ihrer Kollegen deutlich. Bei aller Motivation, Arbeitskraft und inhaltlicher Konzeption stieß die Gleichstellung der Geschlechter bald an (männliche) Grenzen. Gleichwohl dienten „Ziehväter“ wie Theodor Heuss und Thomas Dehler als politische Vorbilder und Unterstützer.

Das Verständnis der liberalen Politikerinnen von Demokratie war zwingend verbunden mit der Verbesserung der Rechtsstellung der Frau in der Verfassung. „In der theoretischen Fundierung des Liberalismusbegriffs waren sie eine innovative Minderheit in der Partei, die nicht nur eine Verbindung zwischen der Gleichstellung, der Sicherung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Frau und der politischen Verantwortlichkeit des Liberalismus herstellten, sondern diese in Diskussion und Programm mit konkreten inhaltlichen Fragen zu erfüllen vermochten“ (S. 383).

Der vorliegende Band ist eine hervorragende Lektüre über die Bemühungen liberaler Frauen, sich für die Gleichberechtigung einzusetzen – auch über die Parteigrenzen hinaus. Ein wenig störend bei der Lektüre sind die Endnoten, die ein fortwährendes Blättern erfordern, da in ihnen zum Teil für das Verständnis wertvolle Informationen stehen, die sich der Leser in den Fließtext oder wenigstens an das Ende der jeweiligen Seite als Fußnoten gewünscht hätte.

Hervorzuheben sei am Ende dieser Rezension der Anhang, in dem in tabellarischer Form Kurzbiografien von FDP-Politikerinnen auf Landes- und Bundesebene vorgestellt werden. Ganz am Ende dieser Rezension steht eine klare Leseempfehlung.

Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Wolfgang Kersting: Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft.

Hamburg: Murmann 2012, 280 S., ISBN: 978-3-86774-183-5

In Zeiten der Suche nach Orientierung sind diejenigen mit den guten Ratschlägen nicht fern. Das merkt derzeit auch der organisierte Teil des politischen Liberalismus, dem bei seinem Strampeln mal knapp über, mal knapp unter der Wasserlinie Empfehlungen zum zukünftigen Kurs wellenförmig entgegenschlagen. Leider beschränken sich viele dieser Empfehlungen auf taktische oder personelle Fragen, auf strategische Optionen oder holzschnittartig verkürzte demoskopiebasierte Erwägungen. Es wird sozusagen ausführlich über die Fahrtroute des Krankenwagens diskutiert, statt sich mit Anamnese und Diagnose bezüglich des Zustands des Patienten zu beschäftigen.

Aber es gibt auch hilfreiche Handreichungen. Wie schon in „Verteidigung des Liberalismus“ in 2009 widmet sich der Philosoph Wolfgang Kersting in seinem aktuellen Buch der derzeit nicht gerade von publizistischen Fanfarenstößen und breitem Applaus begleiteten Aufgabe, freiheitliche Prinzipien der modernen Gesellschaft darzustellen und gegen Angriffe und Fehleinschätzungen zu verteidigen.

Es geht in dem Buch um „das schwierige Verhältnis von Markt und Gerechtigkeit“, schreibt der Autor gleich zu Beginn. Die Zielrichtung der Argumentation wird rasch deutlich, wenn Kersting schon im Vorwort darauf hinweist, dass Rechtsstaat und Marktgesellschaft nur in begrenztem Umfang in der Lage sind, „Gerechtigkeit zu liefern“, und anprangert: „Eine überbordende Gerechtigkeitsrhetorik prägt das öffentliche Gespräch sozialstaatlicher Demokratien, den politischen Markt der Wählerbewirtschaftung und überzieht das Verteilungsgezänk der Gruppen mit einer moralsemantischen Glasur: Nie geht es um Interessen, immer geht es um Gerechtigkeit.“ Kersting will dagegen „den Begriff der Gerechtigkeit etwas genauer ins Visier“ nehmen. Und danach will er herausfinden, ob die zuvor vorgestellten und überprüften Konzeptionen von Gerechtigkeit „verkehrstüchtig oder verkehrsuntauglich“ sind.

Der Aufbau des Buches ist, recht verstanden, höchst geschickt. Die philosophische Grundlage wird ins Vorwort gepackt – dann hat man das schon mal erledigt. In der Einleitung folgt, als deren erster Teil, gleich eine sprühende Abrechnung mit der „einfältigen Neoliberalismuskritik“ und eine Qualifizierung des Marktes als „moralisches System“ sowie eine grundsätzliche Fundierung des Gedankens der „sozialen Marktwirtschaft“. So ist denn der nachfolgende Abschnitt auch „Auf dem Weg zur sozialen Marktwirtschaft“ betitelt – wer aber nun das Herunterbeten lang bekannter wirtschaftsliberaler Grundsätze erwartet, sieht sich schnell getäuscht: Schon das erste Kapitel des Abschnitts trägt die Überschrift: „Kritik des Wirtschaftsliberalismus“.

In diesem so betitelten „Ersten Teil“ des Buches stellt der Autor ausführlich die Grundlagen wirtschaftsliberaler Weltanschauung dar. Ausgehend vom Grundprinzip, dass „das marktwirtschaftliche Konkurrenzmodell der Ort (ist), wo die Selbstsucht zum Nutzen aller regiert“, werden Mandevilles „Bienenfabel“ und Adam Smiths „unsichtbare Hand“ dargestellt, ersteres als „Wechsel vom moralischen Diskurs in den ökonomischen Diskurs“, letzteres als „optimistische Metaphysik“, und beide als durchaus ambivalent. Ausführlich widmet sich Kersting den dann Aussagen von Rüstow und Röpke über das „Versa-

gen des Wirtschaftsliberalismus“, ihrer Kritik an der „Marktwirtschaft als Religion“, ihrer Darstellung der „Soziologieblindheit“ des Wirtschaftsliberalismus und dem Konzept des tatsächlichen „Neoliberalismus“ – besonders denjenigen, die den Begriff aktuell gegen die FDP wenden wollen, sei dies Kapitel nachdrücklich empfohlen. Schon die von Kersting so zusammengefasste Erkenntnis der „Abhängigkeit der Marktwirtschaft von fremden, in ihr nicht produzierten und von ihr nicht reproduzierten Kohärenzressourcen“ kann als Ausweis liberaler Sozialtheorie gelten.

Kersting wendet sich gegen eine – wie er schreibt – „einfältige Neoliberalismuskritik.“ Die Neoliberalen, so Kersting, „waren sich darüber klar, dass der Sozialstaat nicht eine Gegenwelt zum Kapitalismus bildet, sondern seine notwendige Konsequenz ist.“ Gleichermäßen aber sieht er, zumindest bei Röpke, den er namentlich erwähnt, einen Hang zu Modernitätsskeptizismus und Kulturpessimismus, „der nicht nur den Moralverzehr, sondern auch den sittlichen Atheismus, die Gottlosigkeit der Moderne, den durch die Säkularisierung freigelegten Himmel beklagt“, und eine „reduktionistische Wirklichkeits-sicht“. Diese sieht Kersting in den zeitlich nachfolgenden ordnungspolitischen Theorien von Eucken und Müller-Armack zwar abgeschwächt, den „Gedanken, dass Wettbewerbsordnung und Gerechtigkeitsordnung nicht deckungsgleich sein könnten“, sieht er jedoch auch in Euckens Denken als unterrepräsentiert an. Darin, und auch in der Fortentwicklung durch Müller-Armack, sieht Kersting lediglich einen „unausgearbeiteten sozio-moralischen Überzeugungshintergrund als Alltagskantianismus“.

Daraus folgt der zweite, einfach „Soziale Gerechtigkeit“ betitelte Teil des Buches, in dem Kersting nicht so abstrakt bleibt wie vorher, als er eher die Ansätze anderer Denker referiert hat. Er sucht den „dritten Weg zwischen Marktabsolutismus und Planwirtschaft“. Er sieht – unter gleichzeitigem argumentativem Abstand zum Sozialismus, was hier nicht näher dargestellt werden soll – die „Selbstregulationsüberzeugung des Wirtschaftsliberalismus“ als Illusion an, was auch von den „ökonomischen Ordnungsdenkern“ erkannt worden sei – die dann aber ebenfalls unklar geblieben seien. Denn sie „konnten sich nicht vorstellen, dass die Moderne selbst die normativen Materialien bereitstellen könnte, aus denen eine Ordnung für das menschliche Zusammenleben, auch für die menschliche Kooperation auf dem Markt gewonnen werden könnte.“

Kersting stellt, ganz Liberaler, zwei Gleichheitsbegriffe gegeneinander – einen, der sich der „Gleichheitsmehrung“, und einen, der sich der „Freiheitsmehrung“ verschreibt. Seine Präferenz liegt klar auf einer Definition sozialer Gerechtigkeit als Chancengleichheit im Dienste der Freiheit: „Es ist Aufgabe des Staates, für eine möglichst gleiche, Entwicklungsgleichheit ermöglichende Bereitstellung der institutionellen Voraussetzung privater, selbsttätiger Lebensführung zu sorgen.“ Als hinter dieser „Freiheitsfürsorge“ stehend betont er „die Einsicht, dass selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensgestaltung, dass der Genuss von Freiheit und Freizügigkeit an materielle Voraussetzungen gebunden ist“. Diese „Konzeption einer freiheitsdienlichen sozialen Gerechtigkeit“ grenzt er klar ab von der „marktradikalen Position des ‚libertarianism‘, der jede Form von Sozialstaat ablehnt.“ Die „Sozialstaatlichkeitsdimension“ muss für ihn zwei Komponenten umfassen: „Zum einen die Einrichtung eines Ausbildungssystems, das es jedem gestattet, unabhängig von seinem sozialen Hintergrund seine Anlagen zu entfalten, seine Fähigkeiten zu entwickeln und sich mit Qualifikationen zu versehen, die seinen Talenten entsprechen; zum anderen eine einkommensneutrale Grundversorgung, also ein System von Wohlfahrtsrechten, die den Bedürftigen einen Anspruch auf ein hinreichend bemessenes, zur Befriedigung der basalen Bedürfnisse ausreichendes Ersatzeinkommen einräumen.“

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist also für Kersting – in deutlicher Abgrenzung zu Hayek – kein „Trugschluss“, denn: „Aus der Unmöglichkeit einer gerechtigkeitsethischen Globalsteuerung der Wirtschaft und Gesellschaft folgt nicht die Unzulässigkeit jeder Gerechtigkeitspolitik.“ Zusammengefasst

also: „Eine konsistente Politik der Freiheit hat nicht nur für die Sicherung der negativen Freiheit im Rahmen einer rechtsstaatlichen Gesetzesherrschaft zu sorgen, ihr obliegt auch die Aufgabe, die Bürger nötigenfalls mit den erforderlichen Selbstbestimmungsressourcen zu versehen; das heißt diejenigen Bürger, die von sich aus nicht über die Ermöglichungsbedingungen von Selbstbestimmung verfügen, mit eben solchen auszustatten.“

Das alles basiert auch weiterhin auf dem Marktgedanken. So schreibt Kersting: „Erst wenn die Bürger ein angemessenes Verständnis von Markt, Wirtschaft und Politik besitzen, wenn sie begreifen, dass der Markt selbst eine anspruchsvolle moralische Ordnung ist und Politik nicht Schicksalsausgleich, sondern lediglich Freiheitsdienst ist, der den Menschen die rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Lebensführung liefert, wird der freiheitliche, der Chancengleichheit verpflichtete Sozialstaat eine Verwirklichungschance haben.“

Es macht dem Autor sichtbar Spaß, den Leser in anspruchsvoller Fahrweise durch die Serpentina des Gebirges der liberalen politischen Philosophie zu fahren und dabei die Blickrichtung immer wieder zu ändern. „Das Soziale“, so schreibt Kersting, „ist das Bindemittel, das Gesellschaft und Markt verbindet; es ist der Ort, wo die Gesellschaftsfähigkeit des Marktes und die Marktfähigkeit der Bürger gesichert werden“. Mit solchen Sätzen sollte mehr als jeder zwanzigste Politikinteressierte erreicht werden können.

Berlin

Thomas Volkmann

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Grit Arnscheidt/Peter Galli: Friedrich Daniel Bassermann. Zum 200. Geburtstag eines bedeutenden Mannheimers. Kommentierte Edition einer Schenkung von Papieren aus Familienbesitz.

Heidelberg: verlag regionalkultur, 2011, 559 S., ISBN: 978-3-89735-702-0

In den Jahren 2006 und 2007 schenkte der inzwischen verstorbene Fried Bassermann dem Mannheimer Altertumsverein von 1859 eine wertvolle Sammlung von knapp 100 Briefen und Lebenszeugnissen aus dem Nachlass Friedrich Daniel Bassermanns. Diese Dokumente bilden die Grundlage für die verdienstvolle Publikation, die Grit Arnscheidt und Peter Galli nach mehreren Jahren akribischer Arbeit nun vorgelegt haben. Der Band besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil haben die Herausgeber die Schriftstücke und Lebenszeugnisse ediert; diese kommentieren sie dann im zweiten Teil und nehmen sie zum Ausgangspunkt für einen umfangreicheren Blick auf verschiedene Aspekte von Friedrich Daniel Bassermanns Leben und Wirken als Kaufmann, Publizist und Politiker.

Für die Forschung über den bedeutenden liberalen Politiker des Vormärz und der Revolutionszeit ist der Nachlass eine willkommene Bereicherung. Denn die Quellenlage zu Bassermann gilt bisher zu Recht als eher mager und unübersichtlich. Wer sich mit Friedrich Daniel Bassermann wissenschaftlich befasste, war vor allem auf Bassermanns eigene zeitnah verfasste, aber erst 1926 veröffentlichte „Denkwürdigkeiten“ sowie auf parlamentarische und amtliche Akten und Publikationen angewiesen. Gleichwohl darf man nicht dem Eindruck erliegen, dass wir mit der nun edierten Schenkung über einen Ausgleich für den nach seinem Tod vernichteten politischen Nachlass Bassermanns verfügen. Es handelt sich bei vielen der Dokumente, insbesondere aus der Revolutionszeit, um Einzelstücke, deren Hintergründe nicht immer leicht zu erkennen sind und deren Aussagekraft für die historische Forschung erheblich schwankt. Neben beispielsweise den beiden aufschlussreichen und bisher als verschollen geltenden Briefen an den badischen Innenminister Johann Baptist Bekk vom 27. Februar 1848, in denen Bassermann über die berühmte Mannheimer Bürgerversammlung desselben Tages berichtet, findet man auch Kopien von Druckerzeugnissen, die der Forschung längst bekannt sein dürften. Nicht alle Briefe haben denselben Wert wie etwa diejenigen von Bassermann an seinen Mannheimer Freund Leopold Ladenburg oder diejenigen, die Bassermann von seinem politischen Weggefährten Karl Mathy erhielt. Plastisch werden das Leben und Wirken Bassermanns vor allem in den Teilen des Nachlasses, die eine gewisse inhaltliche Dichte und zeitliche Kontinuität erkennen lassen. Das gilt zum einen für das Konvolut an wichtigen Briefen, die Bassermann während seiner Aufenthalte in Berlin im November 1848 bzw. Mai 1849 an seine Frau Emilie richtete, zum anderen für die Schreiben Allwina Frommanns an Bassermann aus den Jahren 1849 und 1850. Darüber hinaus enthält die Schenkung wichtige Dokumente, die Schlaglichter auf Bassermanns Jugend und Karriere vor dem Eintritt in die Politik werfen. Alle Schriftstücke sind reichlich mit Fußnoten versehen. Gelegentlich wünschte man sich allerdings, dass die historischen Hintergründe mit derselben Ausführlichkeit erläutert würden wie die biographischen Anmerkungen. Bereits in diesem Teil hätte man beispielsweise gern mehr über das Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 oder den weiteren Verlauf der oft thematisierten preußischen Unionspläne gewusst.

Der zweite Teil des Bandes widmet sich verschiedenen in den Schriftstücken aufgeworfenen Themenkomplexen aus Bassermanns Leben und reicht von Kindheit und Jugend über Lehrjahre, erste kommunalpolitische Erfahrungen und seine Tätigkeit während der Revolutionsjahre bis hin zur Krankheit und zu seinem tragischen Selbstmord einen Tag nach der Feier zur Goldenen Hochzeit seiner Eltern im Juli 1855. Auch hier haben die Herausgeber durch Einbindung anderer wichtiger Quellen sowie der neuesten Forschungsliteratur Licht in viele, z.T. bisher unbekannte Themenfelder gebracht. So wissen wir nun erheblich mehr über Bassermanns Studium in Heidelberg, seine Lehrjahre und seine Tätigkeit als Kaufmann für Drogerie- und Haushaltswaren. Den weitaus größten Raum im Kommentarteil des Bandes haben die Herausgeber zu Recht Bassermanns Wirken als Kommunal-, Landes- und Revolutionspolitiker eingeräumt. Das entspricht nicht nur Bassermanns Bedeutung für die historische Forschung, sondern auch dem zeitlichen und inhaltlichen Schwerpunkt der Schriftstücke in der Schenkung Fried Bassermanns. Dieser Abschnitt des Kommentars ist chronologisch gegliedert, wird aber immer wieder durch thematische Exkurse unterbrochen und ergänzt – durch ein Kapitel zu Gustav von Struves Studie über den jungen Abgeordneten Bassermann aus dem Jahr 1845, die die im frühen 19. Jahrhundert akzeptierte, aber heute etwas merkwürdig anmutende Schädellehre veranschaulicht; durch ein Kapitel über Bassermanns Bild in Karikaturen und politischen Gedichten der Revolutionszeit; sowie durch ein Kapitel über Bassermann und seine Briefpartnerinnen, namentlich seine Frau Emilie sowie Allwina Frommann, Tochter des Jenaer Buchhändlers Carl Friedrich Ernst Frommann und Vertraute der preußischen Prinzessin und späteren Kaiserin Augusta. Der Kommentarteil des Bandes wird schließlich durch vier Kapitel über Bassermanns letzte Jahre und seinen Tod abgerundet.

Die zweite Hälfte der Quellenedition hinterlässt beim Leser einen etwas zwiespältigen Eindruck. Die Vorzüge des vorliegenden Bandes sollen nicht in Abrede gestellt werden: Er enthält viele nützliche Informationen und Hinweise, die als grundlegende Bausteine für weitere biographische Studien zu Bassermanns Leben und Wirken dienen können. Dennoch ist die Lektüre der 350 Seiten aufgrund thematischer Sprünge sowie gelegentlicher inhaltlicher Redundanzen nicht immer einfach. Schwerer wiegt allerdings noch die etwas eigenwillige und willkürliche Themenauswahl, die die Herausgeber vorgenommen haben. Dies liegt vor allem an der unscharfen Zielsetzung des Bandes, der einerseits weit über eine kommentierte Edition der in der Schenkung enthaltenen Schriftstücke hinausgeht, sich andererseits aber ausdrücklich nicht als geschlossene Biographie Bassermanns oder historische Darstellung verstanden wissen will. So wird beispielsweise in einem ausführlichen Exkurs auf Bassermanns pharmazeutische Publikationen aus den 1830er Jahren eingegangen, obwohl sie im engeren Sinne nicht Teil des Nachlasses sind und nur in einem einzigen Schreiben aus der Sammlung gestreift werden. Umgekehrt wird das Kapitel über die für die historische Forschung bedeutsame Tätigkeit Bassermanns im Landtag sehr reduziert dargestellt – mit Schwerpunkten auf die öffentlichen Ehrungen des jungen Abgeordneten sowie auf eine seiner berühmtesten Reden im Karlsruher Ständehaus. Zu diesen Themen liegt jeweils ein Lebenszeugnis im Nachlass vor, der Gesamtkontext hätte aber eine umfassende Behandlung des politischen Wirkens durchaus gerechtfertigt. Ein stringenterer Aufbau – mit der Entscheidung für einen enger an die Quellen angelehnten Kommentar oder für eine ausgewogenere biographische Untersuchung zu allen wichtigen Themenkomplexen – hätte dem Band gut getan.

Baden-Baden

Mark Willock

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Volker Stalman: Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers.

Düsseldorf: Droste Verlag, 2012 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe: Die Weimarer Republik, Band 12), 365 S., ISBN: 978-3-7700-5310-0

„Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung und [unseren] Erfolg zurück. Aufrecht sahen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen.“ Mit diesen kämpferischen Worten schloss der Kölner Jude und ehemalige liberale Politiker Bernhard Falk seine 1936 verfassten Lebenserinnerungen. Ein Lebensabend, in dem diese Hoffnungen in Erfüllung gingen, war Falk jedoch nicht vergönnt. Im Zuge der zunehmenden Diskriminierung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland nach 1933 und nach dem Verlust seiner Zulassung als Rechtsanwalt und damit seiner Erwerbsgrundlage sah sich der inzwischen über siebzigjährige Falk dazu genötigt, Köln Ende März 1939 zu verlassen und mit seiner Frau und seinem ältesten noch lebenden Sohn Ernst nach Brüssel auszuwandern. Hier blieben er und seine Frau auch nach dem deutschen Einmarsch weitgehend unbehelligt und konnten durch die Hilfe eines Freundes in der Militärverwaltung wie durch ein Wunder den Deportationen in die deutschen Vernichtungslager entkommen. Falk erlebte die alliierte Befreiung Brüssels im September 1944, erlag aber – völlig geschwächt und verarmt – einen Tag vor Heiligabend 1944 seinen körperlichen und seelischen Leiden. Es war ein tragisches und bitteres Ende für einen Mann, der sich mehr als drei Jahrzehnte lang um den Liberalismus im Reich, in Preußen und insbesondere in seiner rheinländischen Heimat verdient gemacht hatte.

Volker Stalman hat mit dem vorliegenden Band, der 2011 mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis ausgezeichnet wurde, zweierlei erreicht: Er hat in mustergültiger Weise Falks Lebenserinnerungen ediert und damit diese wichtige Quelle für unser Verständnis des deutschen Liberalismus zwischen Kaiserreich und Untergang der Weimarer Republik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darüber hinaus hat er der Quellenedition eine bis auf einige, wenige Flüchtigkeitsfehler – der Kriegseintritt des Vereinigten Königreichs erfolgte z.B. nicht am 4. Juli, sondern erst am 4. August 1914 – sehr informative und lesenswerte, knapp 200 Seiten lange Biographie des weitgehend in Vergessenheit geratenen liberalen Politikers Falk vorangestellt, die sich nicht nur auf die Lebenserinnerungen stützt, sondern auch andere wichtige Quellen heranzieht. Stalman zeichnet Falks politischen Lebensweg nach – vom „Jungen Wilden“ der Nationalliberalen Partei des Vorkriegsjahrzehnts über seinen Eintritt in die Kölner Stadtverordnetenversammlung, seine Rolle während der Rheinlandbewegung des Jahres 1918/1919 und des Ruhrkampfes des Jahres 1923, seine Mitgliedschaft in der Weimarer Nationalversammlung 1919/1920 bis hin zu seiner Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bzw. ab 1930 der Deutschen Staatspartei im preußischen Landtag. Und er tut dies immer vor dem Hintergrund der drei prägenden Leitbilder in Falks Leben: seiner Zugehörigkeit zum liberalen Bürgertum, seiner Verwurzelung in seiner rheinischen Heimat und seinem Selbstverständnis als akkultrierter Jude.

Falk entstammte einer wohlhabenden jüdischen Familie aus Bergheim/Erft in der Nähe von Köln. Seit Generationen verdienten seine Vorfahren ihren Unterhalt als Kleinhändler, Hausierer und Metzger.

Prägend für Falk war die betont patriotische, nationalliberale Haltung des Elternhauses, weniger nachhaltig dagegen die tiefe Religiosität und Frömmigkeit insbesondere seiner Mutter. Falk wuchs in Köln auf, besuchte dort das Königlich katholische Gymnasium und studierte nach dem Abitur Jura an der Universität Bonn. Nach der Großen Staatsprüfung ließ er sich als Anwalt am Landgericht in Elberfeld, später am Oberlandesgericht in Köln nieder.

Falks politische Karriere begann als Gründungsmitglied der Jungliberalen, die sich nach der Jahrhundertwende für einen stärker nach links ausgerichteten Reformkurs innerhalb der Nationalliberalen Partei einsetzten. Falk kandidierte bereits 1907 und 1910 für den Reichstag – allerdings vergeblich, da die Wahlkreise Köln 1 (Stadt Köln) bzw. Köln 6 (Mülheim–Wipperfürth–Gummersbach) als Hochburgen des Zentrums galten. Erfolgreicher dagegen war er auf kommunalpolitischem Parkett. 1908 wurde er in die Kölner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis 1930 angehören sollte. Als Mitglied der Deputation für das Grundstückswesen und des Finanzausschusses lernte er rasch den Mann kennen und schätzen, der der Kölner Kommunalpolitik der Zwischenkriegszeit und der Politik der frühen Bundesrepublik seinen Stempel aufdrücken sollte: Konrad Adenauer. Inzwischen zum Vorsitzenden der liberalen Fraktion im Kölner Stadtparlament avanciert, war Falk maßgeblich daran beteiligt, dass im Jahr 1917 seine Fraktion fast geschlossen für Adenauers Wahl zum Oberbürgermeister eintrat.

Am Ende des Ersten Weltkriegs und in den Wirren der frühen Nachkriegszeit arbeitete Falk, nun Vorsitzender der neu gegründeten Kölner DDP, weiter eng mit Adenauer zusammen – sowohl bei der Abwehr radikalsozialistischer Forderungen in der Kölner Kommunalpolitik wie auch bei der Bekämpfung der Separatisten, die im Zuge der alliierten Besatzungspolitik eine Abspaltung des Rheinlands vom Reich und eine engere Anbindung an Frankreich anstrebten. Als reichstreuer Vertreter des Rheinlands machte sich Falk auch einen Namen in der Weimarer Nationalversammlung. Die Sachzwänge, in denen sich die Rheinländer und das Reich während dieser Jahre befanden, blendete Falk dabei nicht aus. Gerade deshalb lieferte er sich während des Ruhrkampfes 1923 und in der Zeit danach scharfe Gefechte mit dem rechtsliberalen Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres, der eine besonders harte Gangart gegenüber den Franzosen – und aus Falks Sicht zu Lasten der Rheinländer – befürwortete.

Sein wichtigstes politisches Amt bekleidete Falk nach seiner Wahl in den preußischen Landtag im Dezember 1924. Da sowohl der neue Fraktionsvorsitzende der DDP, Walter Schreiber, als auch dessen erster Stellvertreter, Hermann Höpker Aschoff, bereits im Februar 1925 zu Ministern in der preußischen Regierung ernannt wurden, übernahm der parlamentarische Neuling den Fraktionsvorsitz. Diese Funktion hatte Falk bis zum Verlust seines Mandats nach der verheerenden Niederlage seiner Partei bei den Landtagswahlen des Jahres 1932 inne. Falk war mit der Führung einer oft eigensinnigen parlamentarischen Truppe betraut, deren Fraktionsdisziplin und Bereitschaft zur Zusammenarbeit häufig zu wünschen übrig ließ. Zwar gelang es Falk, die DDP als zuverlässigen Juniorpartner in den Regierungen des Ministerpräsidenten Otto Braun zu halten, den Machtschwund des Linksliberalismus ab den späten 1920er Jahren vermochte er aber nicht mehr abzuwenden. Gegen Ende seiner parlamentarischen Karriere musste er erleben, wie seine Reden immer öfter von Schmährufen und Verunglimpfungen begleitet wurden.

Falks Erinnerungen und Stalmanns Biographie ergänzen sich ausgezeichnet. Stalman scheut nicht davor zurück, hin und wieder Kritik an den von Falk vertretenen Standpunkten zu äußern – wie etwa bei der unrealistischen Weigerung Falks, die Friedensbedingungen des Versailler Vertrags zu akzeptieren. Beide Teile des Bandes veranschaulichen, wie schwer sich der Liberalismus im innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Umfeld der Weimarer Republik tat. Deutlich wird auch, wie sehr Falk als jüdischer Anwalt die schmale männliche und bürgerliche Trägerschicht des Linksliberalismus verkörperte,

die ab den frühen 1920er Jahren immer weiter erodierte, und wie er traditionellen liberalen Politikmustern und Leitbildern verhaftet blieb. Nicht zu übersehen sind schließlich auch die hausgemachten Versäumnisse, die viel zur Schwächung und Diskreditierung der liberalen Parteien – auch unter der eigenen Wählerklientel – beitrugen. Hier sei lediglich auf das Fiasko der Gründung der Deutschen Staatspartei im Juli 1930 verwiesen, als die Parteiführung der DDP im Alleingang – und offensichtlich ohne das Wissen ihres Fraktionsvorsitzenden im größten deutschen Landesparlament – eine Vereinigung der Partei mit dem bündischen und antisemitischen Jungdeutschen Orden beschloss. Dass selbst manche jüdischen Anhänger der Partei dieses bereits Anfang Oktober 1930 aufgelöste Bündnis begrüßten, weil die damit entstandene Deutsche Staatspartei nicht mehr als „Judenpartei“ diffamiert werden könne, verdeutlicht, wie weit sich der Liberalismus Anfang der 1930er Jahre selbst demontiert hatte.

Baden-Baden

Mark Willock

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Thomas Becker/Wilhelm Bleek/Tilman Mayer (Hrsg.): Friedrich Christoph Dahlmann – ein politischer Professor im 19. Jahrhundert.

Göttingen: V&R unipress/Bonn University Press, 2012 (Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte Band 3), 154 S., 12 Abb., ISBN: 978-3-89971-945-1

Der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann (1785–1860), einer der „Göttinger Sieben“, wird in diesem Band als „politischer Professor“ porträtiert. Die Autoren sind ausnahmslos ausgewiesene Fachleute; neben Neuzeithistorikern gehören Politik- und Literaturwissenschaftler, Rechtswissenschaftler sowie Philosophiehistoriker zum Mitarbeiterkreis. Ursprünglich wurden die Beiträge auf einem Kolloquium vorgetragen, das die Universität Bonn im November 2010 anlässlich des 150. Todestages ihres früheren Lehrers veranstaltete.

Dahlmann war Ende 1842 hierher berufen worden, nachdem der Wechsel auf dem preußischen Thron dafür die Voraussetzung geschaffen hatte. Obgleich er auch während seiner Göttinger Zeit politische Aktivitäten entfaltet hatte, bildete doch erst das Jahrzehnt seit der Übersiedelung an den Rhein die eigentlich politische Phase. Sie aber kann in jeder Hinsicht auf das Interesse der Liberalismusforschung Anspruch erheben. Insofern ist es nur zu begrüßen, wenn in dem Band unter Verwendung reichhaltigen Quellenmaterials auf zentrale Aspekte des politischen Wirkens eingegangen wird. Die Biographie von Wilhelm Bleek (Friedrich Christoph Dahlmann. Eine Biographie, München 2010) – auch er ist unter den Mitwirkenden – erfährt, auch wenn sie natürlich den großen Rahmen absteckt, jetzt noch einmal an diversen Stellen eine konzentrierte Ergänzung.

Was die Offenheit für die politische Welt betrifft, so ist Dahlmann unter den deutschen Historikern des 19. Jahrhunderts ein einzigartiger Fall. Im Vorwort heben die Herausgeber diesen Umstand hervor, wenn sie zum einen Dahlmanns unbezweifelbare Kompetenz als Historiker und Politikwissenschaftler betonen und ihn zugleich als „Repräsentanten der bürgerlichen Verfassungsbewegung“ ansprechen. Er ist aber auch insofern ein „Repräsentant“ als sich die Misere der deutschen Rechts- und Verfassungsentwicklung, die auf den Revolutionsversuch folgte, in seinem Leben krass widerspiegelt. Eine tiefe Bitterkeit erfaßte ihn. Das öffentliche Leben mied er ganz, und erst in den allerletzten Jahren, nach der Wende von 1858, schöpfte er neuen Mut.

Die Herausgeber und Mitarbeiter wollen zu einer weiteren Historisierung der Person beitragen. Sie betten deshalb Dahlmanns politische und verfassungstheoretische Positionen in die Zeit ein. Auch die spezifischen Gebundenheiten, denen er als Akteur unterlag, werden offenbar. Doch geht es nicht allein um Historisierung. Vielmehr knüpft sich an Rekonstruktion und Analyse ein gegenwartsbezogenes Interesse. Denn es soll die Aktualität seiner beruflichen und politischen Grundüberzeugungen deutlich gemacht werden.

Im einleitenden Beitrag fragt Wilhelm Bleek nach Dahlmanns „Grundverständnis als Hochschullehrer“. Er hebt anhand zahlreicher Äußerungen, darunter auch der markanten Bonner Antrittsrede, die für Dahlmann leitende Figur des „gesinnungsethisch“ (im Sinne Webers) engagierten Universitätslehrers heraus. Bereits in der „Politik“ von 1835, einer aristotelisch geprägten Verfassungslehre, wird ein Bild

von akademischer Erziehung und wissenschaftlichem Handeln gezeichnet, das ganz auf den ethisch-pädagogischen Gehalt konzentriert ist. Dahlmann war ein Schleiermacher-Schüler, und wie dem Lehrer galt auch ihm die Universität als Stätte einheitlicher Bildung und umfassender Erkenntnis. Unerlässliche Voraussetzung dafür aber ist die Autonomie von Forschung und Lehre. Von hier aus war dann ja auch der Einspruch gegen den Verfassungstreich des hannoverschen Königs vom 18. November 1837 motiviert.

Ebenfalls auf Max Weber als Bezugsgröße – hier dessen Berufsidee – greift Reimer Hansen in seiner Darlegung von Dahlmanns Selbstverständnis als Historiker zurück. „Modern“ ist das von ihm vertretene Geschichtsbild insofern, als es für Dahlmann keine historische Erkenntnis geben konnte, die nicht ihrerseits geschichtlich gebunden ist. Hansen zeigt, dass Dahlmann von einem Ideal der Werturteilsfreiheit weit entfernt war, vielmehr hat er bisweilen durchaus in die Quellen hineingelesen, „was er für richtig hielt und forderte“. „Gute Politik“ war für ihn eine solche, die die freie Entwicklung der historisch gegebenen Stände zu einer funktionstüchtigen Volksvertretung förderte. Vor diesem Hintergrund lesen sich die Ausführungen von Andreas Anter zu Dahlmann als Politikwissenschaftler wie eine Bestätigung, denn Wissenschaft und Politik waren für Dahlmann in der Weise verbunden, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufrufen sollen. Er sah daher die Politikwissenschaft in einer Ratgeberrolle, und hier ziehen dann auch alle Probleme und Lasten in Dahlmanns Konzeption ein, die mit einem normativen Wissenschaftsverständnis nun einmal einhergehen. Tief in die ideengeschichtliche Situierung dringt Christoph Horn mit seinem (wirklich hervorragenden) Aufsatz über die Bedeutung des „politischen Aristotelismus“ für Dahlmann ein. Die Anknüpfungspunkte sind evident, wenngleich das Gesamtbild der aristotelischen Politik, das Dahlmann vor Augen stand, doch eher eine produktive als eine reproduktive Leistung gewesen ist.

Dem wissenschaftsgeschichtlichen Rahmen von Dahlmanns Wirken sind Beiträge zum Gründungsauftrag der Universität Bonn (von Thomas Becker), zu den Göttinger Sieben (Lucian Hölscher) und zu dem Beitrag der Germanisten zur deutschen Nationalbewegung (Katinka Netzer) gewidmet. Hölscher sieht in dem ganzen spektakulären Vorfall jenes Verfassungskonfliktes ein zentrales Moment in der Geschichte der Herausbildung von „Öffentlichkeit“ im deutschen Vormärz. Bedenkt man, dass mit diesem Ausdruck seinerzeit im wesentlichen „Publizität“ gemeint war, so fallen, wie Hölscher zeigt, gerade die Verhaltensweise der Göttinger Intellektuellengruppe, aber auch die weit in den „persönlichen“ Lebensbereich hineinragende Resonanz ihres Protestes auf. In seinem Beitrag zur Bonner Politikwissenschaft zieht Tilmann Mayer schließlich einige überraschende Linien zu späteren Generationen Bonner Gelehrter (Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Manfred Funke).

Als Resultat seiner liberal-konstitutionellen Grundüberzeugungen deutet Marcus M. Payk Dahlmanns Engagement für die norddeutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein. Er modifiziert damit eine gegenläufige Sichtweise, der gerade dieser Aspekt als Grundlage für eine nationalpolitische Interpretation und die noch immer virulente Stilisierung Dahlmanns zu einem „Propheten des deutschen Nationalismus“ dient. Im Mittelpunkt steht bei Payk dagegen das Interesse Dahlmanns an einer Begründung staatlicher Souveränität in konstitutionellen Formen. In die gleiche Richtung, nun aber bezogen auf seinen Anteil an der Theoriearbeit des vormärzlichen Konstitutionalismus, geht die Abhandlung von Christian Waldhoff über Dahlmann und die vormärzliche Verfassungsgeschichte. Den originellen Abschluss des Bandes bildet eine kommentierte Kollektion von zeitgenössischen Dahlmann-Karikaturen (Wilhelm Bleek).

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Frank Fehlberg: Protestantismus und Nationaler Sozialismus. Liberale Theologie und politisches Denken um Friedrich Naumann.

Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2012 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte. Band 93), 519 S., ISBN: 978-3-8012-4210-7

Frank Fehlberg geht es um „die Ideologie des protestantischen nationalen Sozialismus“, wie sie im Deutschland um 1900 ausgebildet worden ist. Prominentester Name in diesem Zusammenhang ist Friedrich Naumann. Die ihm und einigen weiteren Protagonisten gewidmete Untersuchung ist 2011 von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz als Dissertation angenommen worden.

Das Konzept ist schlicht und einleuchtend: Der Autor orientiert sich für jene nationalprotestantisch-sozialistische Programmatik an Arthur Bonus, Gustav Frenssen, Gottfried Traub, Paul Rohrbach und Friedrich Naumann. Ihr Wirken wird jeweils für sich in größeren Teilstudien erörtert, wobei biographische und theologiegeschichtliche Motive miteinander in Verbindung treten. Es entstehen fünf „Gedankenbiographien“, die durch ein vorangestelltes Kapitel in einen vermittelnden theoriegeschichtlichen Rahmen eingespannt werden. In einem Abschlusskapitel wird dann der von vornherein anvisierte Schritt unternommen, die jeweils entwickelten Versionen sozialistischer Weltanschauungslehre in systematisch-ideengeschichtlichem Zugriff zu rekonstruieren. Zudem wird nach ihrer Wirkungsgeschichte in der politischen Entwicklung Deutschlands bis in die Wendezeit 1989/90 hinein gefragt.

Insgesamt also ein hochanspruchsvolles Programm! Bereits die Titelgebung macht deutlich, dass die ganze Studie sich auf brisantem Gebiet bewegt. Die Chiffre „Liberale Theologie“ löst nach wie vor vielfach Widerstände aus. Manch andere tragen sie dagegen wie eine Monstranz vor sich her, handele es sich doch um die zeitgemäße Form theologischen Nachdenkens schlechthin. Auf welcher Seite man sich selbst auch sieht, der Ausdruck als solcher ist immer umstritten gewesen. Sogar von Kulturprotestanten wurde er abgelehnt, und tatsächlich ist es bis heute ein mühsames Unterfangen, ihm einen präzisen theologischen oder theologiegeschichtlichen Sinn zu geben.

Fehlberg sieht, indem er dennoch ausdrücklich von Liberaler Theologie spricht, selbst die Probleme sehr klar. Überdies hat die jüngste theologiegeschichtliche Forschung den Erschließungswert dieses Begriffes gegenüber den viel weiter gefassten „Kulturprotestantismus“ und „Kritische Theologie“ immerhin soweit bestimmen können, dass sich das früher mit ihm wirksame Gift alter theologiepolitischer Ressentiments doch sehr weitgehend verflüchtigt hat.

Ebenso problembeladen ist natürlich die Rede vom „nationalen Sozialismus“. Sie aber führt mitten hinein in die Thematik. Im Konzept des „Nationalen Sozialismus“ sahen Naumann und seine Mitstreiter den Kern ihres politischen und kulturphilosophischen Denkens. Die hier ausgesagte Zusammenbindung hatte genau die gleiche identitätsstiftende Funktion, wie sie auf theologischem Gebiet für alle Kulturprotestanten die Korrelation von Religion und Bildung hatte (und hat).

Vor Augen stand Naumann und den anderen – lange vor 1914 – die Vision einer organisch angelegten Gesellschaft, die zwar bestehende Herrschafts- und Klassenunterschiede nicht aufheben, sie aber ihrer

sozialantagonistischen Struktur entkleiden sollte. Dass es sich dabei um ein extrem ideologiegesättigtes Modell handelt, liegt zutage. Deshalb ist aus historiographischer Sicht auch nicht in erster Linie seine konkrete politik- oder sozialtheoretische Ausprägung interessant. Analytisch viel stärker ins Zentrum führt es, wenn die Einbettung der Rede vom „Nationalen Sozialismus“ in eine religiös fundierte Deutung der eigenen Gegenwart offengelegt wird. Dies hat Fehlberg in einem durchweg sehr intensiven, zudem außerordentlich materialreichen Interpretationsprozess geleistet.

Naumann, Bonus, Frenssen, Traub und Rohrbach standen während bestimmter Phasen ihrer Biographie entweder direkt im kirchlichen Dienst oder hatten mindestens einen explizit kirchlichen Hintergrund. Sie alle formulierten ihr sozialintegratives Programm mehr oder minder stark aus protestantisch-kirchlicher Perspektive. Deshalb können sie auch als Repräsentanten eines Modernisierungstrebens gelten, von dem der deutschsprachige Protestantismus um 1900 stark durchdrungen gewesen ist und in dem sich der massive Veränderungsdruck niederschlägt, wie er durch Industrialisierung und Demokratisierung aufgebaut worden war.

Auf diesen weltanschaulich-religiösen Hintergrund und Horizont legt Fehlberg in seinen Detailstudien größten Wert. Für ihn stellt das politische Programm eine Art Transformation von Überzeugungen dar, die im Kern religiöser Natur sind. Es sei betont, dass er das vieldiskutierte Problem, ob sich solche strukturellen Analogien zwischen theologischen Positionen und politischen Einstellungen wirklich evident machen lassen, mit aller gebotenen Vorsicht angeht. Verunsichern aber lässt er sich durch alle Einwände nicht: Letztlich sieht er in den politischen Ideen dieser Theologen den Versuch einer synthetisierenden Bewältigung der epochalen Umbruchserfahrung. Dieser Punkt, auf den die akribische Erörterung hinausläuft, wird in einem auch für sich sehr lesenswerten Resümee unter dem Titel „Eine geistige Revolte an der Schwelle des ‚Zeitalters der Extreme‘“ noch einmal in geschlossener Form dargestellt.

Im Ganzen hat Fehlberg einen soliden Beitrag zur Kulturprotestantismusforschung geleistet. Bemerkenswert sind etwa schon die methodischen und begriffstheoretischen Erörterungen, mit denen die Studie einsetzt und deren Gewicht auch nicht durch einige Absonderlichkeiten geschmälert wird, die für die Durchführung des Projektes belanglos bleiben. Dass diese allesamt recht eigenwilligen Intellektuellen nun bei Fehlberg so nebeneinandergestellt werden können, hat seinen Grund in der ihnen gemeinsamen Infragestellung des überkommenen religiösen und moralischen Lebensrahmens, erfahren als religiöse Sinnkrise. Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit den großen weltanschaulichen Gegenformationen zum kirchlichen Christentum, also mit Darwinismus, Materialismus und Sozialismus. Auch in der Begeisterung für ein lebensnahes, an den tatsächlichen Idealen orientiertes Christentum stimmen sie überein, also in der Vision eines „sozialen Christentums“, das dann in der Auseinandersetzung mit dem antikirchlichen Sozialismus bedeutsam wurde.

Über alle theologie- und religionsgeschichtlichen Bezüge hinaus relevant ist die Studie aber vor allem dort, wo Fehlberg zeigen kann, daß sich jene politische Orientierung am „nationalen Sozialismus“ eben durchweg in einer starken Betonung des Staatsgedankens umsetzt. Hier handelt es sich um eine Form des neoidealistischen „Sozialetatismus“, die dann, nach 1918, bei einzelnen (etwa Paul Rohrbach) auch in Richtung „Konservative Revolution“ hin geöffnet werden konnte. Entscheidend bei Fehlberg bleibt aber die Einsicht, dass sich jenes nationalsoziale Synthesemodell nur dann angemessen verstehen lässt, wenn es als ein Ideenkonglomerat aus religiösen, kirchlich-kirchenpolitischen, sozialpolitischen und rechtstheoretischen Quellen aufgefasst und analysiert wird.

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Gerhard Streminger: David Hume. Der Philosoph und sein Zeitalter.

München: C. H. Beck, 2011, 797 S., 30 Abb., ISBN: 978-3-406-61402-6

Wer David Hume studieren möchte und sich dabei in erster Linie an deutschsprachige Ausgaben und die hiesige Fachliteratur hält, begegnet seit langem unweigerlich den Arbeiten des österreichischen Philosophen Gerhard Streminger. Eine von ihm veranstaltete Edition der „Untersuchung über die Prinzipien der Moral“ erschien bereits 1984 bei Reclam. In der Biographienreihe des Rowohlt-Taschenbuchverlages legte er zwei Jahre später eine knappe Lebensschilderung vor (wie auch eine zu Adam Smith), bevor 1994 das große Hume-Buch (David Hume. Sein Leben und sein Werk) erstmals im Schöningh-Verlag erschien. Eine zweite Auflage sowie eine Taschenbuchausgabe kamen kurz danach heraus. Desweiteren hat Streminger, neben einer Anzahl von „Essays“ zu Hume und Smith (Marburg 1995), auch einen einführenden Kommentar zu Humes wichtigstem Werk, der „Untersuchung über den menschlichen Verstand“ (An Enquiry concerning Human Understanding) vorgelegt.

Mit dem hier angezeigten Buch erhält nun jene Hume-Darstellung einen erneuten Auftritt. Neu ist der jetzige Untertitel, dagegen halten sich die Veränderungen im Text in Grenzen; durchaus gewonnen hat die äußere Ausstattung, was nicht verwundert, hat doch der ehrgeizige Münchener C. H. Beck-Verlag den Titel übernommen. Anstelle des früheren Anhangs findet der Leser jetzt die deutsche Erstpublikation von Humes Notizen seiner Reise durch Deutschland, Österreich und andere Länder im Jahre 1776 sowie zweier durch Streminger bereits früher aufgefundene Briefe Humes.

Humes philosophiegeschichtliche Stellung ist epochal. Kant hat, bei aller Kritik, die er an dessen Empirismus geäußert hat, erklärt, „ohne ihn schlummerte ich dogmatisch dahin“. Von dem gleichen Grundton ist auch Stremingers Darstellung getragen. Man sollte, bevor man sich dem Autor anvertraut, wissen, daß er seine philosophiegeschichtlichen Arbeiten mit klaren weltanschaulichen Zielen verbindet. Dabei treffen sich seine eigenen Überzeugungen, besonders in Fragen der Metaphysik- und der Religionskritik, im wesentlichen mit den von Hume verfochtenen Positionen. Deshalb ist, bei aller Solidität und fachlichen Kompetenz, Stremingers Buch kritisch zu lesen, zumal die für Hume selbst so eminent wichtige Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Theologie naturgemäß auch in den biographisch-werkgeschichtlichen Rekonstruktionen eine zentrale Rolle spielt.

Vergleicht man Stremingers Darstellung etwa mit der unübertroffen präzisen, aber ganz anders angelegten Monographie von Jens Kulenkampff (innerhalb der Reihe „Denker“ im selben Verlag), so bietet sie mit ihrer sorgfältigen Einbettung des philosophischen Wirkens in den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext doch einen erheblichen Gewinn. Über weite Strecken zeichnet Streminger eine Art Panorama jener Zeit, die Hume hervorgebracht und in der er wirksam gewesen ist. Es gelingt ihm aber auch eine sehr schöne, ruhige und detailfreudige Nacherzählung der Biographie des großen Mannes. Gerade an diesen Kapiteln wird der geistesgeschichtlich interessierte Leser seine Freude haben, und hier liegt, auch wegen der umfassenden Berücksichtigung der Emanzipationsbestrebungen im westlichen Europa des 18. Jahrhunderts der wichtigste Beitrag des Buches aus liberalismusgeschichtlicher Sicht.

Die Stoffanordnung folgt chronologischen Gesichtspunkten. Im Anschluß an einen kurzen „Prolog“ schildert Streminger zunächst den historischen Hintergrund. Es folgen dann Kapitel zu Kindheit und Jugend Humes. Dem „Ursprung“ seiner Philosophie widmet Streminger sich anhand der ersten Schriften besonders sorgfältig, bevor, unterbrochen durch ein weiteres biographisches Kapitel („Abschied von Schottland“), eine im ganzen zuverlässige Darlegung der Hauptaspekte des „Treatise of Human Nature“ (Buch I und II; 1739 erschienen) gegeben wird. Hume hat nach Jahren einsamer und von schweren physischen und psychischen Problemen belasteter Gedankenarbeit dieses einzigartige Werk vorlegen können, was wie ein Rätsel anmutet, ähnlich wie im Falle des allerdings seelisch völlig ausgeglichenen Spinoza. Eingehend widmet Streminger sich sodann der Arbeit an dem „Buch III“ (Of Morals) sowie den „Essays Moral and Political“. Nun waren Hume einige Jahre in Schottland, auf Wanderschaft sowie als Gesandter beschieden, während derer sich in seinem Heimatland tiefgreifende politische Umwälzungen ereigneten; auf diese Parallelität geht die biographische Darstellung gebührend ein, und gerade hier löst Streminger den Anspruch des Untertitels („Der Philosoph und sein Zeitalter“) überzeugend ein.

1748 veröffentlichte Hume dann seine „Philosophical Essays“ – später „An Enquiry concerning Human Understanding“ genannt –, unter denen sich auch erste religionsphilosophische Überlegungen, vor allem im Abschnitt „Of Miracles“, finden. In der Wiedergabe des Gedankenganges dieser anspruchsvollen, aber äußerst lesenswerten Schrift legt Streminger das Gewicht auf Humes Anthropologie, seine Theorie des Glaubens, seine Wundertheorie und seine Erkenntniskritik. Wer wissen möchte, was es mit Humes rationalistischer Denkweise auf sich hat, dieser sehr populär gewordenen Version angelsächsischer Bürgerideologie, ist mit den Ausführungen gut bedient. Auch den „Three Essays“ (ebenfalls von 1748) widmet er ein eigenes, wenn auch kurzes Kapitel. Humes wahrhaft bewundernswerte Energie, die ihn in die Lage versetzt hat, trotz vielfach widriger Umstände nahezu ununterbrochen eine intensive Gedankenarbeit zu leisten, führte ihn dann während der produktivsten Phase seines Lebens zur Niederschrift des „Enquiry concerning the Principles of Morals“ (dem ihm selbst liebsten seiner Werke), sodann der wirkungsmächtigen „Political Discourses“ und der ersten Kapitel des „Dialogues concerning Natural Religion“. Allen diesen Werken geht Streminger mit analytischer Gewissenhaftigkeit nach, das gleiche gilt für die in Deutschland wenig bekannte „History of England“ und die „Four Dissertations“, die Humes anregende, für die moderne Religionskritik wichtige Theorie einer „Naturgeschichte der Religion“ enthalten.

Unterbrochen werden die werkgeschichtlichen Darlegungen durch Kapitel über Humes Existenz in Edinburgh und seine Auseinandersetzung mit der Kirche. Schottland war nicht das Land seiner Träume, und so führte ihn „der Ruf Frankreichs“ schließlich 1763 auf den Kontinent. Dort, zunächst als Privatsekretär des britischen Botschafters in Paris, später sogar als britischer Geschäftsträger, pflegte er freundschaftlichen Umgang mit französischen Aufklärungsphilosophen, geriet allerdings auch in einen unerquicklichen Streit mit dem kleinlich-mißtrauischen Rousseau, dem, so Hume bitter, „schwärzesten und abscheulichsten Schurken“. Eher friedliche Farben kann der Biograph verwenden, wenn es um die letzten Jahre als Unterstaatssekretär im Londoner Außenministerium und, seit der 1769 erfolgten Rückkehr nach Schottland, den Lebensabend geht, während dessen Hume seine Werke – außer dem Traktat – für die Ausgabe letzter Hand (erschienen 1777, im Jahre nach Humes Tod) noch einmal überarbeitete.

Insgesamt ist es Streminger gelungen, ein sehr lebendiges Porträt dieses einzigartigen Philosophen zu zeichnen. Nicht allein hat Kant seinen eigenen Ausgangspunkt bei Hume genommen, was ihm an sich schon einen ersten Rang in der Geschichte des Denkens sichert, sondern er war es auch, von dem He-

gel, mit Blick auf den radikalen Skeptizismus, erklärte, er habe „die Objektivität (das An-und-Für-Sich-Sein) der Gedankenbestimmungen aufgehoben“. Naturgemäß bleiben die wirkungsgeschichtlichen Verbindungslinien bei einer Biographie immer etwas im Hintergrund, zumal gerade sie auf dem Gebiet der Philosophie besonders schwer zu veranschaulichen sind. Diese problemgeschichtliche Seite der neuzeitlichen Moralphilosophie hat John Rawls in seinen „Lectures on the History of Moral Philosophy“ (2000; dt.: 2004) entfaltet, und auf jeden Fall gibt Streminger für Hume diesen Erörterungen in aller wünschenswerten Präzision, bei gleichzeitig stark entwickelter philosophiegeschichtlicher Kompetenz, den lebendigen Boden.

Berlin

Matthias Wolfes